

Bei Auslieferung dieser Ausgabe haben wir erst einen kleinen Teil des Jahres 2023 hinter uns. Und doch kann man sagen, was die politische Entwicklung angeht, wird sich im Vergleich zu 2022 wenig ändern. Die „alten“ Schlagwörter kursieren weiter, ob man sie hören möchte oder nicht: Erneuerbare Energien, Zeitenwende, Kampfpanzer-Lieferungen und und und. Je öfter sie durch die Medien rauschen, umso weniger nimmt man sie wahr und setzt sich inhaltlich mit ihnen auseinander.

Doch es gibt auch andere Themen, und diese haben für uns als Diktatur-Opfer eine eigene, nämlich ganz besondere Bedeutung. Ein solches Thema ist die 70. Wiederkehr des Jahrestages 17. Juni 1953. Dieser 17. Juni, Tag der Deutschen Einheit, ist in allen Belangen unser Tag. Auch wenn wir als gegenwärtige und vielleicht letzte Generation des Widerstands gegen die SED-Diktatur und als deren Zeitzeugen an diesem Tag im Juni 1953 und dem Aufstand nicht mehr beteiligt waren, tragen doch gerade wir das Gedenken und Erinnern daran weiter. Dieser Tag gehört unserem Verband, ihren Mitgliedern und den Angehörigen, und er gehört unserem Anliegen und unserer Botschaft: Nie wieder eine Diktatur und eine Mauer in Deutschland zuzulassen. Darum ist es wichtig, dass wir im Juni dieses Jahres an allen Plätzen und in allen politischen und gesellschaftlichen Gremien auf die Pflicht zum Gedenken hinweisen.

Diese Fg-Ausgabe hat auf der Titelseite einen kurzen Abriss zum Aufstand vom Juni 1953. Er ist so abgefasst, dass man die Seite kopieren, abreißen oder aus der Internetversion abdrucken und an ein oder mehrere politische Gremien senden kann bzw. soll. Adressaten können die Fraktionen im heimatischen Stadtrat, die Parteivorstände oder die Landes- oder die Bundesregierung sein, es kann sich aber auch um den jeweiligen Direktkandidaten des eigenen Wahlkreises handeln. Es geht erstens um eine Veranstaltung, die es im Gedenken an den Volksaufstand und die damals verpasste Einheit durchzuführen gilt, und es geht

zweitens um die Einbeziehung der VOS-Mitglieder, die über den Einheitswillen der Deutschen in jenen frühen 1950er Jahren bis zum Zusammenbruch des SED-Regimes und ihre Erfahrungen mit der Diktatur authentisch berichten können.

Auf ein Wort des Redakteurs

Unter dem Strich steht immer die eine Erkenntnis: Es wäre nicht zu den Massenunruhen im Herbst 1989 gekommen, wenn es nicht zuvor über Jahrzehnte die Flucht- und Ausreisebewegung gegeben hätte, wenn nicht nach der Niederschlagung des Aufstandes von 1953 viele Einzelne den Mut gehabt hätten, das SED-Regime massiv zu kritisieren und auf verschiedenste Art Widerstand zu leisten. Wir VOS-Kämpfer haben die Haft riskiert und sie in Kauf genommen. Erst auf dem Fundament der zahlreichen Einzelschicksale konnte sich eine große Massenbewegung entwickeln, die das Regime der SED niederwalzte, wobei natürlich nicht verschwiegen werden darf, dass die Organisation und die Durchführung der Herbsdemos nicht minder gefahrenschwer war. Die Bilder und Berichte vom Juni 1953 dürften in allen Köpfen präsent gewesen sein. Dass 1989 nicht wieder Panzer rollten, war keineswegs auszuschließen. Die Waffenkammern und Depots der NVA und die der sowjetischen Besatzer waren – im Gegensatz zu denen der heutigen Bundeswehr – immer gut gefüllt. Es waren die Ratlosigkeit der Greise des Politbüros und das Zögern des Michail Gorbatschow, dass die DDR ohne Blutvergießen unterging. Nicht alle (Zeit)genossen haben diese Sicht, aber die, die sie haben, womit ich unsere Verbandsmitglieder meine, wissen es, und sie, also wir, sollten es aussprechen, damit es vor allem die jüngere Generation erfährt.

Es ist nicht nur die Vergangenheit, um die es geht. Die Zukunft, die – so kurz sie für die VOS und für manchen von uns sein mag – vor uns liegt, ist ebenfalls wichtig.

Etwas mehr Anerkennung etwas mehr (gerechte) finanzielle Zuwendung würden uns das Leben leichter machen. Wir haben seit einem Jahr unsere „Initiative 800“, die gewiss nicht leicht durchzusetzen ist. Wir sind immerhin gehört worden, und – dank der Opferbeauftragten – tut sich Einiges. Dass unsere Ansprüche nicht aus der Luft gegriffen sind, zeigen die Rückmeldungen, die wir – nicht alle – in der Fg abdrucken. Es sind sowohl Haft-Erinnerungen wie auch Beschreibungen von persönlichen sozialen Notlagen. Es sind nicht wenige Mitglieder und nicht organisierte ehemalige politische Häftlinge, die in finanzielle Bedrängnis gekommen sind. Ich halte es für wichtig, dass wir die Situation von Betroffenen veröffentlichen und möchte jeden, so schwer es der oder dem Einzelnen fallen mag, ermuntern, sich zu äußern. Je mehr derartige Bekenntnisse vorliegen, umso deutlicher ist die Notwendigkeit von weiteren Verbesserungen belegt.

Zweifellos ist ersichtlich, dass es bei dem Wunsch nach einer Besserstellung zuvorderst um die Aufstockung der Besonderen Zuwendung, genannt Opferrente, geht. Dass es mittlerweile einen allgemeinen Härtefonds gibt, ist für die meisten Betroffenen nicht die angestrebte Lösung, zumal der Nutzeffekt gering ist. Wer in diesem Land hilfsbedürftig ist, für den ist es unerheblich, ob er seine Aufstockung vom Sozialamt oder aus einem Härtefallfonds erhält. Es geht auch um Formalismus, überzogene Bürokratie und letztlich um Unverständnis. Die Sozialämter sind überlastet. Durch den Zustrom von Geflüchteten und die Zunahme der Armut unter der Bevölkerung allgemein kommen vor allem die Mitarbeiter der Ämter in den Großstädten der Bearbeitung der Anträge nicht mehr nach. Es gibt Wartezeiten, Aufschübe und leider auch Ablehnungen gerade gegenüber ehemaligen politischen Häftlingen. Eine höhere Opferrente würde sowohl den Opfern wie auch den Behörden (durch die Reduzierung des Verwaltungsaufwandes) nützen.

*Bis zur nächsten Ausgabe
Ihr Alexander Richter-Kariger*

AKTUELLES THEMA IN DIESER AUSGABE:

Kunst als verbindendes Element der Aufarbeitung überbrückt Kontinente (S. 9 – 12)

<i>Titelseite</i>		Nun will (und muss) der Bundesvorsitzende der VOS selbst aktiv werden	
Volksaufstand vor 70 Jahren		In Neubrandenburg stehen offenbar nicht nur die Uhren, sondern auch die Ohren still	19
Appell an die Politik und an uns selbst			
<i>Redaktionsthema:</i>		Der Geschichte, der Freiheit und den klassischen Künsten verpflichtet	
Der Volksaufstand und die Rolle der VOS		Zum Tod von Prof. Peter Lücker	19
Was die Politik den Opfern und Widerständlern schuldig wäre	2		
<hr/>		<hr/>	
Es ist Zeit zu handeln		Knastlexikon, Kampflied	7, 8
Was die Mitglieder denken und was sie drückt	4	Briefe, Richtigstellung	4, 8, 11
Stellenwechsel in Berlin		Lyrik	6, 20
Tom Sellos Amtszeit als Opferbeauftragter endet. Frank Ebert löst ihn ab	4	Nachrufe, Hinweis	19, 15, 20
Kniefall vor dem Sozialamt und Armut		Impressum	20
Leserbriefe zur Situation von Haftopfern	4		
Häftlingsschicksal: Arbeitsverweigerung trotz hoher Strafandrohung		Spendenbereitschaft hilft uns allen:	
Der 94-jährige Roland Steinbach aus Chemnitz erinnert sich detailliert an die Lagerzeit	5 – 6	Bernd Westphal, Angelika Rabalt, Friedhelm Stage, Hans-Georg Metzsch, Eckhard Mensebach, Klaus-Ludwig Goos, Klaus Mlodzianowski, Ingeborg Gericke, Ursula Lindner, Wolfgang Lehmann, Erdmute und Walter Weller, Sigrid Schulz, Hartmut Trapp, Steffen Hebestreit, Roland Ermer, Günter Meise, Hartmut Czyba, Gotthard Rammer, Friedrich Radochla, Holker Thierfeld, Horst Lindemuth, Beate Rusch, Renate und Rolf Persich, Lutz Erler, Klaus-Peter Ruck, Friedrich Hübner, Ingolf Braungart, Walter Schrader, Helmut Heinz Weckschmied, Dr. Bernd Palm, Reiner Miserochi, Bruno Niedzwetzki, Christoph Becke, Manfred Schulz, Dr. Gernot Hundsdörfer, Roland Fiedler, Helfried Reichel, Friderun und Egon Seel, Monika und Volkmar Christner, Jörg Petzold, Ferdinand Gesell, Wolfgang Altmann, Uwe Malcharek, Henry Sobora, Gabriele und Udo Heideklang, Christoph Glaser, Klaus Feibig, Klaus Muder, Klaus Poch, Reinhard Golde, Karl-Heinz Werner, Eckhard Weiner, Michael Faber, Barbara und Harald Beständig, Eckehard Richter, Fritz Schaarschmidt, Heinz Jürgen Müller, Günter Steinrücken, Dieter Müller, Erich Jacobi	
Keine Einsicht, aber große Wehmut		Danke allen, die auch im neuen Jahr für das Weiterbestehen unseres Verbandes gespendet haben.	
Siegmar Faust mit lyrischem Resümee	6		
Fahrten zu Gedenkstätten weiter ausbauen		Internet-Tipps zum Thema Aufarbeitung und mehr	
Potsdamer Forum mit kritischem Fazit und sinnvollen Forderungen	7	https://cynthiaeisenberg.wixsite.com/misitio	
Von der scheinbaren Ideologie und ihrer Überlebensstrategie		Der Fall Brüsewitz: Lebensstationen 1929 bis 1965 eBook: Richter-Kariger, Alexander: Amazon.de: Kindle-Shop	
Liebknecht und Luxemburg und die Verfremdung von Sinn und Wahrheit	8	http://www.fl9essen.de/ausstellungen/index.php	
Zukunft: Von den Sorgen, Ängsten und den Hoffnungen der SED-Opfer		https://www.instagram.com/cynthiaeisenberg/	
Leserbriefe, Meinungen, Wünsche	11	Zwangsarbeit. Anhörung mit Hugo Diederich:	
Fadenscheinig und verblendet		https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw47-sed-opferbeauftragte-gefaengnisse-921506	
Die DDR-Autorin Anna Seghers als willfähiges Instrument der SED	12		
Geblieden sind Enttäuschung, Verbitterung und Fragen an die Opferverbände			
Der abschließende vierte Teil des Schicksalsberichtes von Peter Plach	13 – 14		
Die Hoffnung stirbt zuletzt			
VOS setzt sich auch für ungelöste Fälle ein	14		
Mein Glaube an die Gerechtigkeit ist irgendetwas im Keller			
Wenn die zugesagte Rentenerhöhung nicht ausgezahlt wird	14		
Beamtendeutsch und Formalismus			
Umständliche Beantragungen, die man den Berechtigten besser ersparen sollte	15		
Frühes Leid, spätes Glück			
Nachruf auf Jakob Bittermann	15		
Man leidet allein beim Lesen mit			
Ein autobiografischer Spiegel der Opferberichte	16		
Unbelehrbar, selbstgerecht, eitel			
Und noch viele weitere Zuordnungen könnte es für Egon K. geben	17		
Der Verdacht ist da, die Beweise fehlen			
Hat das MfS politische Häftlinge verstrahlt?	18		

Den 17. Juni 2023 im Blick

Aufruf an die Politik

Anlässlich des 70-jährigen Gedenkens an den Volksaufstand vom Juni 1953 und den damit verbundenen Veranstaltungen empfehlen Vorstand und Redakteur den Beitrag von Seite 1 dieser Ausgabe an die Abgeordneten eures Wahlkreises und/oder die Politiker eurer Heimatstadt zu senden. Bietet euch als Zeitzeugen, die selbst unter der DDR-Diktatur gelitten haben, an.

Red. / BV

In 2023 muss etwas geschehen

Verbesserungen der Opferrente nun durchsetzen

☒ Die Lebenshaltungskosten steigen weiter, die von Seiten der Bundesregierung für die SED-Opfer zugesagten Verbesserungen wurden nicht eingehalten. Damit bleiben vor allem die ehemaligen politischen Häftlinge der SED-Diktatur weiter auf der Strecke.

Man muss konkret die Frage stellen: Wer trägt eigentlich die Schuld, dass es nicht weitergeht. Schrittweise müsste doch eine schnelle Umsetzung unserer Forderungen bzw. Ansprüche möglich sein. Die Aufstockung der Opferrente wäre besonders wichtig und mehr als ein Anfang oder eine Geste.

Nach meiner Auffassung muss (!) dies im Jahr 2023 geschehen. Viele Opfer, die in Not sind, warten darauf, andere sind bereits in einem Alter, in dem jeder Monat zählt. Es geht neben der finanziellen Unterstützung auch um die Anerkennung von Widerstand.

Dem Verband VOS wünsche ich für 2023 alles Gute, insbesondere bei der Durchsetzung von Verbesserungen für die Opferrente. *Karl-Heinz Genath*

Anm.: Redakteur und Bundesvorstand danken Karl-Heinz Genath, der inzwischen 96 Jahre ist, für sein Engagement und erwidern die guten Wünsche für 2023. Der Vorstand ist weiter mit der Opferbeauftragten, die unsere Interessen vertritt, im Gespräch. *Fg*

Richtigstellung

Zum Beitrag *Eine vertane Gelegenheit* in Fg 841/ 842 S. 10 von Felix Heinz Holtschke gibt es „In eigener Sache“ – nachfolgende *Richtigstellung*:

Die darin (gemeint ist der o. g. Beitrag) missverständlich geäußerte Kritik richtet sich nicht gegen die Ergebnisse des am 16. November 2022 stattgefundenen Runden Tisches der SED-Opferverbände mit dem NRW-Beauftragten für Vertriebene, Aussiedler und Spätaussiedler Heiko Hendriks, sondern einzig und allein gegen die danach veröffentlichte Pressemitteilung, die u. E. die nach wie vor bestehenden und im Forum kritisierten Defizite der Bundesregierung im Umgang mit den Opfern des SED-Regimes nicht hinreichend genug verdeutlicht hat. *Felix Heinz Holtschke*

Stellv. Bundesvorsitzender der VOS

Bloß weg vom Sozialamt!

Verbesserung wäre für mich einzige Lösung

☒ Ich möchte meinen Namen nicht nennen, weil es mir peinlich wäre. Ich beziehe Sozialleistungen, was erniedrigend ist. Mir wurde beim Amt vorgehalten, dass ich ja die Opferrente bekomme, die nicht angerechnet werden darf. Sie würden es trotzdem gern tun, weil sie meinen, ich würde mir ungerechterweise Vorteile verschaffen. Sie wissen nicht, was unsereiner damals in der Haft gelitten und auf sich genommen hat. Und nach der Ausreise 1987 herrschte im Westen hohe Arbeitslosigkeit. Ich bekam nur eine ABM, die bald auslief. Ich konnte nicht Fuß fassen. Heute gibt es überall freie Stellen, aber da bin ich alt und krank. Mit mehr Opferrente würde ich vielleicht vom Sozialamt und der Bettelei wegkommen. Bloß das. *A. Schm.*

Berliner Landesbeauftragter: Frank Ebert folgt Tom Sello

Fünf Jahre Amtszeit schon wieder vorbei

So schnell vergeht die Zeit. Tom Sello (Foto, Quelle: Internet), ein stets bereiter Ansprechpartner für die VOS, beendet seine fünfjährige Amtszeit als Landesbeauftragter für die SED-Opfer in Berlin. Unser Verband dankt ihm für die Unterstützung, die wir durch ihn hatten, und wünscht ihm für künftige Aufgaben und im privaten Leben alles Gute. Für Interessenten ist im Internet (Instagram) ein altes, illegales Flugblatt zu finden, das einen Aufruf gegen die Einführung der Wehrpflicht in der DDR enthält. Tom Sello hat es vor 40 Jahren trotz aller Gefahr verteilt.

Sellos voraussichtlicher Nachfolger dürfte der 52-jährige ehemalige DDR-Bürgerrechtler Frank Ebert werden. Nach bisherigem Kenntnisstand ist von den im Se-



nat vertretenen Parteien für die Besetzung des Amtes durch Frank Ebert Zustimmung signalisiert worden. Somit dürfte der Wahl, die für den 9. Februar 2023 vorgesehen ist, nichts im Wege stehen. Die VOS begrüßt die hoffentlich erfolgreiche Kandidatur und wird auch mit dem neuen Landesbeauftragten eine konstruktive Zusammenarbeit anstreben.

Frank Ebert stammt gebürtig aus Halle/Saale, wuchs jedoch in Ost-Berlin auf. Er verweigerte in der DDR den Wehrdienst und gehörte seit 1988 der Umwelt-Bibliothek in Berlin an, in der sich die Opposition gegen das Unrechtsregime organisierte. Er war dort in der illegalen Druckerei tätig, was nicht ungefährlich war. Derzeit ist Ebert noch bei der Robert-Havemann-Gesellschaft beschäftigt. *ARK / HD*

Ich musste die Last des inhaftierten Ehemannes 6 Jahre mittragen

Auch hierbei könnte die Opferrente helfen

☒ Ich muss mir einfach mal etwas aus vollem Herzen von der Seele schreiben. Wie kann man die Ehepartner der über Jahre hin politisch Inhaftierten der DDR so mir nichts, dir nichts ihrem Schicksal überlassen? Mein Mann Rudi Messerschmidt war von 1971 bis 1977 in Brandenburg-Görden inhaftiert. Ich habe während der Haftjahre seine Last mitgetragen und reiche nun mit der Rente und den Pflegesätzen nicht aus. Im Januar 2000 ist er verstorben. Ich bin 85 Jahre.

Grete Messerschmidt, langjähriges VOS-Mitglied

Mit Arbeitsverweigerung 1952 schlimme Strafe riskiert

Rückblick auf die hoffnungslosen Jahre im Waldlager nahe Kiew und den geleisteten Widerstand

Die Rubrik „Häftlingsschicksal“ ist eine der authentischsten Reihen in unserer Freiheitsglocke. Immer wieder reichen Kameraden ihre bewegenden Lebensberichte ein. Sie erreichen damit neben den selbst betroffenen auch die Leser ohne Haft oder Verfolgung, und sie geben ein Zeugnis ab, das aus persönlicher Sicht zum Verständnis der zurückliegenden Geschichtsepoche beiträgt. Diesmal ist es Kamerad Roland Steinbach aus Chemnitz, der, inzwischen 94 Jahre, aus der Haftzeit bei den Sowjets berichtet. Hierzu schreibt er zunächst, was ihn letztlich veranlasst hat, für uns alle auf die Haftzeit zurückzublicken:

In den vorausgegangenen Ausgaben der Freiheitsglocke las ich immer wieder Beiträge des Kameraden Wolfgang Lehmann, der über die Lager in Sibirien und der SBZ berichtete. Ich bin selbst Zeitzuge und war als Zwangsarbeiter nach Sibirien verbracht worden. Daher möchte ich zu diesem Thema etwas beitragen.

Ich bin mit Wolfgang Lehmann im April des Jahres 1950 im selben Heimkehrertransport aus dem sibirischen Stalinsk (jetzt Nowokusnezsk) in Richtung Heimat transportiert worden.

In Brest-Litowsk kam es dann aus zunächst unerfindlichen Gründen zur Teilung des Transportes. Dies hatte für einen Teil unserer Kameraden (ca. 250 Personen) schwerwiegende Folgen. Nachdem wir innerhalb von fast zwei Jahren fünf verschiedene Lager durchlaufen hatten, kamen wir nach Kiew, wo sich 1952 ein Arbeitsstreik entwickelte, an dem ich beteiligt war und der für uns alle böse hätte ausgehen können. In den späteren Jahren wurde ich oft gefragt: Warum habt ihr 1952 in Kiew eigentlich gestreikt?

Die Antwort gebe ich in meinem nachfolgenden Bericht.

In diesem Waldlager waren wir mit etwa 200 Gefangenen interniert. Wir gingen zunächst der uns auferlegten Arbeit nach. Das Hauptstück dieser Arbeit war die Errich-

tung eines Sanatoriums. Allmonatlich kamen Funktionäre der Stadt Kiew auf die Baustelle, um sich über den Stand der Arbeiten am Sanatorium zu informieren. Selbst der Bauminister der Ukraine ließ sich hier sehen, er lobte sogar unsere Arbeit und unseren Fleiß. Dass sich diese Leute laufend bei uns umtaten, hat sich später für uns als günstig erwiesen.

Zwangsarbeit die bittere Erinnerung

Trotz allem ging die Zeit im Zeitlupentempo dahin. Ziel- und sinnlos erlebten wir in diesem Waldlager bereits das siebente Weihnachtsfest hinter Stacheldraht. Und obwohl im Lager eine gute Kameradschaft herrschte, war nicht zu übersehen, dass die Stimmung immer schlechter wurde. Als dann Anfang Februar 1952 endlich wieder einmal Tageszeitungen aus der deutschen Heimat eintrafen, in denen zum wiederholten Male behauptet wurde, dass sich in der Sowjetunion nur noch Kriegsverbrecher in Gefangenschaft befänden, glaubten wir uns von allen Seiten verraten, wir hatten keine Hoffnung auf die Rückkehr nach Deutschland. So gesehen war der Siedepunkt unserer Geduld deutlich erreicht. Spontan entschlossen sich am Sonntag, dem 10. Februar 1952 alle Insassen des Waldlagers ab Montag, dem 11. Februar nicht mehr zur Arbeit auszurücken. Es war Arbeitsverweigerung, das war uns klar – wir fragten uns selbst: Wie sollte das enden?

Nachdem wir zwar unsere Arbeitskleidung angezogen hatten, aber unbeeindruckt von den ständigen Aufforderungen, der Arbeit nachzugehen, auf unseren Betten liegen blieben, kam, was kommen musste. Die übergeordneten Offiziere des Hauptlagers in Kiew waren inzwischen informiert und nach drei bis vier Stunden bei uns im Waldlager eingetroffen.

Obwohl es verboten war, dass Wachmannschaften mit Waffen das Lager betreten, kamen mehrere Soldaten mit aufgepflanzten Bajonetten ins Lagergelände und trieben uns aus den Unterkünften. Vor den Baracken musste angetreten werden, und es wurde uns eindringlich und deutlich klargemacht, dass in der Sowjetunion Arbeitsverweigerung eine weitere Verurteilung von 15 bis 25 Jahren zur Folge hätte. Der oberste Chef der Lagerverwaltung Kiew traf ein und fragte jeden Einzelnen sehr eindringlich, ob er zur Arbeit gehen würde oder nicht.

Es hätte schlimm ausgehen können, aber uns kam der glückliche Umstand zugute, dass der für unsere Sanatoriumsbaustelle zuständige Natschalnik im Laufe des Vormittags seine allerhöchsten Vorgesetzten über unseren Streik unterrichtet hatte. Damit wurden unabhängig von unserer Lagerleitung noch andere Stellen über diesen Vorfall informiert, was uns nur recht sein konnte.

Am Nachmittag hatten zwei fremde Offiziere mit Dolmetscher uns, die nach wie vor die Arbeit verweigert hatten, jeden für sich befragt, welche Gründe uns zu dieser außergewöhnlichen Aktion bewegt hatten. Alle unsere Beweggründe haben sie sehr aufmerksam zur Kenntnis genommen, obwohl ja jeder das gleiche zum Ausdruck gebracht hatte, weil sich alle in der gleichen Misere befanden.

Unter uns waren auch ein paar Kameraden vom ehemaligen Fort Zinna, welche zu Haftstrafen von fünf und sechs Jahren verurteilt waren und ihre Strafe inzwischen verbüßt hatten. Selbige haben sich beim Streik und auch bei der Befragung sehr engagiert und solidarisch verhalten. Nach der Befragung hatten die beiden Offiziere versprochen, die ganze Angelegenheit nach Moskau zu melden. Da wir mit der Zeit ja sehr skeptisch geworden waren und auch kaum mehr etwas geglaubt haben, bestanden wir auf Nachricht innerhalb eines gewissen Zeitraumes, wie es weiter gehen sollte.

→ nächste Seite oben

→ von voriger Seite unten

Ansonsten würden wir abermals der Arbeit fernbleiben, obwohl wir sie am 12. Februar dann doch wieder aufnehmen. Der gute Eindruck, den wir von den beiden Offizieren hatten, hat sich dann auch bestätigt. Einer hat uns wenige Tage später informiert, dass Ende März eine Kommission aus Moskau ins Lager kommen würde, um sich mit unserer Angelegenheit zu beschäftigen.

Tatsächlich sind diese Leute dann auch gekommen und haben Vernehmungen durchgeführt. Ich persönlich hatte beim Verlauf dieses Verhöres immer den Eindruck, als wenn sie über meine Vorgeschichte, wie Verhaftungsgrund usw. keinerlei Unterlagen hätten.

Am 22. April war wieder einmal ein Minister mit seinem Gefolge auf der Baustelle, und er versprach, dass wir in Kürze nach Hause fahren würden.

Konnte man es glauben?

Doch, es stimmte tatsächlich; am 17. Mai 1952 war unser letzter Arbeitstag, und wir gingen in Quarantäne. Zwei Tage später schon, am 19. Mai wurde die Heimkehrerliste verlesen, und 95 Prozent unserer Kameraden waren dabei. Ob unser drei Monate zuvor durchgeführter Streik dazu beigetragen oder die ganze Sache zumindest beschleunigt hatte, ließ sich im Nachhinein natürlich nicht feststellen. Wir dachten jetzt nicht mehr darüber nach.

Am 24. Mai 1952 bestiegen wir in Kiew die für uns bereitgestellten Waggons, diesmal blieben sie offen. In Brest-Litowsk angekommen, wo wir allerdings schon einmal gewesen waren und eine große Enttäuschung erlebt hatten, stiegen wir sofort in die Güterwagen der anderen Spurbreite um. In den Nachtstunden vom 26. zum 27. Mai rollte der Zug durch Polen, wir überquerten den Fluss Bug.

Jeder von uns war jetzt in Gedanken versunken, und fast alle kämpften wir auch mit den Tränen. Nach wenigen Tagen Quarantäne in Bischofswerda wurden wir am 31. Mai 1952 entlassen. Einen Entlassungsschein gab es nicht, nur eine Quarantänebescheinigung, auf der nicht einmal die Spalte für das Herkunftsland ausgefüllt war. Auch hier wurden wir noch verleugnet, keiner sollte wissen, woher wir kamen, was wir durchgemacht und in wessen Fängen wir uns befunden hatten.

Roland Steinbach

Nachsatz: Der Redakteur dankt unserem Kameraden Roland Steinbach für den interessanten Rückblick und wünscht ihm noch viele lebenswerte Jahre. Leider kam der Beitrag verspätet und auf Umwegen hier an. Wer sich ausführlicher über den Autor des Beitrags informieren möchte, kann das unter <https://vos-sachsenzeitzeugenerinnerungen.de/zeitzeugen/steinbach-roland/>. Für alle, die ebenfalls ihren Haft- und Verfolungsbericht einreichen möchten, besteht dazu Gelegenheit, solange es die Freiheitsglocke gibt. **ARK**

Siegmar Faust

WO SIND SIE?

Ein bitterlyrisches Resümee

einst hatten sie mich aus dem
Zusammenhang gerissen
der künstliche Tod
sollte zur Sehnsucht meiner Natürlichkeit werden

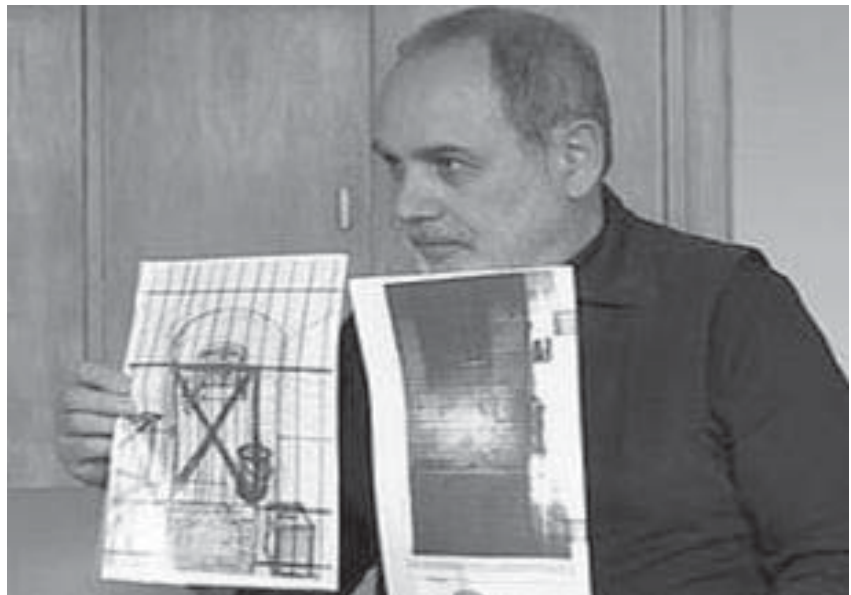
sie zwangen mich auf mein eigenes Kreuz
sie zwangen mich zur Verlobung mit einer Spinne
sie zwangen mich das Paradies in der Hölle zu sehn
sie zwangen mir 742 Tage Einzelhaft auf

nun sind die Pupillen geweitet
die Mauern gefallen
alle Tore stehen töricht weit offen

wer zügelt hinfort meine milden Begierden?
niedergeschlagen könnte ich meine Peiniger
um Verzeihung bitten

doch mit ihrer Einsicht
sehe ich: nichts ...

S.F. im Januar 2023



Dank an Siegmund Faust

Vielseitig, unbequem und trotz mancher Rückschläge nicht unterzukriegen

Mit dem oben stehenden Gedicht bewältigt unser Kamerad Siegmund Faust ein Stück seiner schweren Vergangenheit, die mit Haft, Verfolgung, Isolation und bösen Schikanen zu tun hat. Sein Gedicht ist Teil und Ausdruck seiner Biografie, an der der inzwischen Erkrankte tapfer arbeitet. Dazu muss man sagen: Es wird Zeit, denn nur Wenige haben in der Haft, nach dem Freikauf und dann auch nach der Wiedervereinigung so viel erlebt, bewältigt und mitgestaltet wie Siegmund Faust. Es sind die vielen Vorträge, die er vor und nach 1990 gehalten hat, dazu die ausführlichen Gespräche mit so unterschiedlichen Leuten wie Gerhard Löwenthal, Günther Schabowski oder Erich Loest, von denen er im Nachhinein zu berichten weiß.

Wir warten also auf ein spannendes Stück authentischer Literatur. *Tom Haltern*

Foto (© SF): Siegmund Faust mit Bild einer Einzelzelle

Gedenkstättenbesuche und erinnern

Potsdamer Forum setzt sich für Aufarbeitung ein

Noch im Dezember 2022 fand eine Mitgliederversammlung des Forums zur kritischen Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte im Land Brandenburg statt. Das Forum befasst sich weiterhin intensiv mit Fragen der Zeitzeugen-Arbeit von Haft- und Verfolgungsopfern und sieht es als wichtige Aufgabe an, einmal pro Jahr Gedenkstättenbesuche für die Jahrgänge der weiterführenden Schulen durchzusetzen. Brandenburg ist das einzige Bundesland, in dem solche Besuche Pflicht sind. Durch das Bildungsministerium wurde allerdings ausgewertet, dass diese Vorgabe im Schuljahr 2018/19 – also vor Ausbruch der Pandemie – lediglich zu 25 % erfüllt wurde. Dennoch ist diese Maßnahme beispielgebend und sollte auch auf andere Bundesländer übertragen werden, zumal z. B. in NRW an den Schulen ein großes Interesse an solchen Fahrten besteht.

Im November 2021 wurde auf Initiative des FORUMs in Potsdam das Luisenplatz-Denkmal zur Erinnerung an die erste Potsdamer Großdemonstration vom November 1989 eingeweiht. Für diese Initiative wurde das FORUM mit dem Take Off Award zum Thema „30 Jahre Mauerfall – Weg zur deutschen Einheit“ gewürdigt.

Bisher gibt es die Mauergedenkstätte am Griebnitzsee (errichtet 2009) und die Gedenktafel über die Besetzung der MfS- Bezirksverwaltung Potsdam (2019 enthüllt). Natürlich existiert – trotz der nicht hinreichend transparenten Abläufe bei der Besetzung des letzten Beiratsplatzes und der Auswahl einer Leiterin – weiterhin die Gedenkstätte Lindenstraße, in der sich die berüchtigte Untersuchungshaftanstalt des MfS befand.

Das Forum übte in Übereinstimmung mit der VOS in seinem Rechenschaftsbericht Kritik an den genannten Vorgängen. Bereits im Vorjahr war dies in der Freiheitsglocke thematisiert worden. Hier wurde über das unwürdige Gerangel um Posten und Einflussmöglichkeiten berichtet, das für Außenstehende undurchsichtig und

anmaßend anmutete. Vor allem bei den wenigen noch erreichbaren ehemaligen Insassen hat der Hickhack Unverständnis hervorgerufen. Letztlich scheint es, als müssten die Betroffenen die Gedenkstättenleitung dafür loben, dass sie freundlich mit den ehemaligen Häftlingen umgeht.

Im Januar dieses Jahres, so wurde es vor einigen Monaten verbindlich angekündigt, soll nun der 94-jährige Jochen Stern in den Beirat berufen werden. Man darf gespannt sein, ob es dabei bleibt. Angemessen wäre es aber, weitere frühe Häftlinge einzusetzen, ohne die Gremien weiter aufzublähen oder gar neue zu schaffen.

Dies alles widerspricht im Übrigen dem guten Erscheinungsbild der gesamten Gedenkstätte. Allein von außen ist das Gebäude in seiner Bedeutung gut erkennbar. Markierungen im Bürgersteig sowie eine Gedenktafel in der Fassade weisen auf die einstige UHA hin. Im Innenhof sind die Freihöfkäfige als schauriges Denkmal erhalten, und in den Gebäuden kann man Zellen und FlurAusstattungen im originalen Zustand besichtigen. Lediglich die Kennzeichnung der Vernehmungsräume wurde unterlassen. Dies sollte endlich nachgeholt werden.

Das Forum setzt sich in Zusammenarbeit mit der VOS dafür ein, dass die Einbeziehung der Betroffenen stärker erfolgt. Ohne die Leidenszeit der Opfer, die vielfach nicht mehr im Land Brandenburg leben, könnte es keine Gedenkstätte mit einem gut agierenden Verwaltungsteam geben.

Es wäre nun wichtig, Zeitzeugen einzusetzen, um authentisches Wissen zu vermitteln. Für die ehemaligen Häftlinge ist es fast undenkbar, dass angesichts des großen finanziellen Aufwands für das Personal und die Spesen der Räte eine Kostenerstattung für die Anreise und das Honorar nicht bezahlbar sein sollten.

Die VOS dankt dem Brandenburger Forum für den nachdrücklichen Einsatz. Gemeinsam ist vieles erreichbar. *Tom Haltern*

Was wir (auch) nicht vergessen sollten

Das Knastlexikon

In dieser Reihe möchten wir Ihnen einige teils außergewöhnliche Ausdrücke / Begriffe erklären, die nur in der (DDR-)Haft geläufig waren und die man nicht vergessen sollte.

Heute:

Amme

Die A., um die es hier geht, hat nichts mit einer Kinderfrau oder Nährmutter zu tun, wie sie uns traditionell als Suchbegriff mal waage- und mal senkrecht im Kreuzworträtsel begegnet. Überhaupt hat sie in der hier gemeinten Deutung nichts mit Menschlichem gemein. Nein, stimmt nicht ganz, denn sie entspringt im Knastjargon dem Wort Amnestie, und diese verfolgt in der Tat menschliche Absichten, wiewohl ihr Umfang nicht unbedingt die Fülle aufweist, die man sich zuweilen bei einer A. bzw. Nährmutter vorstellt.

Amnestien nahmen im Gespräch der DDR-Häftlinge einen – nun also doch – stattlichen Umfang ein. Wenn Feiertage anstanden oder angeblich beliebte Politiker endlich den Weg in die kommunistischen Jagdgründe angetreten und noch schlimmere Verfechter der Diktatur in ein Spitzenamt gelangt waren, wurden Gerüchte befeuert, die sich mit der Zeit zu Prognosen und endlich zu erwartenden festen Tatsachen verdichteten („Die Amme kommt!“), bis sie man sie schließlich als Seifenblasen erkannte.

Ab und an gab es die A. jedoch wirklich. 1972, 1979, 1987 war es an dem. Die Anstalten leerten sich, nur die ElIeller (LebensLänglich) blieben traurig und verstört zurück. Der Trost kam schnell für sie. Die BeVauer (siehe früheren Eintrag) füllten die Knäste erneut. Sie konnten mit dem zivilen Leben wenig anfangen, ihre Heimat war der Knast. Aber sie diskutierten bald wieder über die A.

Igor Gerd Lesnikow

Anm. d. Autors:

Sehr gern nehmen wir Ihren/deinen Beitrag – mit oder ohne Nennung des Namens – in diese wichtige Rubrik auf.

Die falschen Götter aus der Vergangenheit bleiben am Leben

Liebknecht und Luxemburg müssen weiter als Ikonen von Freiheit und Demokratie erhalten

Es ist phänomenal und erschütternd zugleich, welche Macht die Geschichtsmystik der radikalen Linken, im Kern der Kommunisten, nach wie vor hat. Und es ist ein Irrtum, dass sich mit dem Mauerfall 1989 und dem Zusammenbruch des Ostblocks die Grabplatte über der dahingegangenen sozialistisch-kommunistischen Idee irreversibel geschlossen hätte und das obwohl in allen Ländern der Welt der Sozialismus gescheitert ist. Der Sozialismus hat Armut, Not und Unfreiheit, Unrecht und Massensterben gebracht, aber ausgerechnet in Deutschland feiert diese Missgeburt der internationalen Politik eine allseits legitimierte Wiederauferstehung, die Ihresgleichen sucht.

Wie quicklebendig diese Mythen sind, wird bei der fadenscheinig verklärenden Berichterstattung über die alljährliche Gedenkkundgebung der SED-PDS-Linke.PDS deutlich, die zur Erinnerung an die 1919 hinterhältig von Freikorpsoldaten ermordeten KPD-Führer Rosa Luxemburg und Karl Liebkecht in den Medien erscheint.

Man muss fragen, warum weist keine Zeitung darauf hin, dass es sich bei diesen KPD-Führern, um Verfechter eines totalitären Umsturzversuches handelte, die den mit großer Mühe an vorderster Front von Sozialdemokraten erkämpften demokratischen Verfassungsstaat durch eine Revolution verhindern oder radikal beseitigen wollten.

Anstatt dieses alljährlich klarzustellen, berichten die Medien, über die Sympathisanten für die Kommunistenführer vom Zentralfriedhof Berlin-Friedrichsfelde oder auch von der Veranstaltung an Gedenksteinen der VVN-BdA.

Der jüngste, alljährlich stattfindende Akt des linken Geschichtsrevisionismus liegt noch nicht lange zurück, denn die Prozession der kommunistischen Ökumene fand wie gehabt statt, auch wenn die frühen Initiator*innen nun bald nur noch im Rollstuhl oder mit dem Rollator zum Aktionsplatz erscheinen. Wie ist es möglich, dass sich immer noch eine Ideologie als

„human“ in unserer Gesellschaft präsentieren kann, die zwischen 1917 und 1989 in ihren „Schlachthäusern“ über 100 Millionen Menschen vernichtet hat, die Russland und halb Europa über Jahrzehnte in die Finsternis geführt hat, dass die Märtyrer dieses Exzesses heute noch für zivilisierte Menschen als verehrungswürdig gelten?

Linke
=
Irrungen

Was setzt die SPD diesem Liebkecht / Luxemburg-Mythos entgegen? Warum erinnert sie, die ihre Parteistiftung nach Reichspräsident Friedrich Ebert benannt hat, nicht daran, dass dessen Regierung ohne die von SPD- Reichswehrminister Gustav Noske betriebene blutige Niederschlagung des Spartakus-Aufstandes von Liebkecht und Luxemburg aus dem Weg geräumt worden wäre?

Ist der SPD-Kurs ungetrübt von der Erinnerung an die eigene Geschichte? Geschichtspolitik ist nicht rückwärtsgewandt. Mit Geschichtspolitik werden die politischen Gewichte verteilt. Während Bürgerliche und Sozialdemokraten schlafen, bestellen andere in aller Ruhe das Feld. So marschieren DIE LINKEN als Kommunisten in westdeutsche Landtage, in den Bundestag ein, und die SPD „biedert“ sich an.

Hierzu gibt es aus dem Jahr 1985 ein Statement von dem französischen Publizisten, Buchautor und Philosophen Alain de Benoist, der sich über einige politische Umwege später zunehmend in Richtung Linke bewegte und vor allem in der Presse der Neu-Linken der USA Beiträge publizierte:

„Die bundesrepublikanische Gesellschaft bietet ein erstaunliches Schauspiel einer Rechten, die nicht als solche auftreten kann, ohne dass man sie des „Faschismus“ „Rechtsradikal“ bezichtigt, und einer Linken sowie einer extremistischen Linken, die sich jederzeit

sozialistisch, kommunistisch oder marxistisch nennen und dabei ganz fraglos behaupten kann, dass ihre Doktrinen nichts mit dem Stalinismus, noch überhaupt mit irgendeiner historisch verwirklichten Form des Sozialismus ... zu tun hätten.“

Wann wird endlich die Leugnung kommunistischer Verbrechen unter Strafe gestellt?

Erst der Tod von Liebkecht und Luxemburg machte sie zu Märtyrern, denn 1919 standen sie längst auf dem politischen Abstellgleis und verfügten selbst in der KPD kaum über echten Einfluss. Heute gilt vor allem Luxemburg als „Mutter Courage“ bzw. „Jeanne d'Arc“ in nahezu allen sozialistischen wie kommunistischen Gruppen. Die Opfer der „moderaten“ weltweiten kommunistischen Diktaturen werden die Verbrechen dieser „Kommunisten“ nicht vergessen! *André Rohloff / VB*

Kampflied für den Krieg

Schon Kinder wurden in der DDR mit der Luxemburg-Liebkecht-Legende drangsaliiert. Mit dem Lied „Auf, auf zum Kampf“ wurden sie zur Gewaltanwendung aufgerufen. Sie musste es in der Schule, bei Pionernachmittagen und zu Kundgebungen mitsingen, ohne zu wissen, was sie von sich gaben.

Selbst Honecker und seine Riege vom Politbüro schmetterten den Text und die Melodie mit erhobener Faust auf den Tribünen vor den vorbeiziehenden Menschen.

Hier der Text:

*Auf, auf zum Kampf, zum Kampf!
Zum Kampf sind wir geboren!!
Auf, auf zum Kampf, zum Kampf!
Zum Kampf sind wir bereit!!:
Dem Karl Liebkecht, dem haben wir's geschworen,
Der Rosa Luxemburg reichen wir die Hand.*

*2. Wir fürchten nicht, ja nicht,!
Den Donner der Kanonen!
Wir fürchten nicht, ja nicht,
Die grüne Polizei!
Den Karl Liebkecht, den haben wir verloren,!
Die Rosa Luxemburg fiel durch Mörderhand.*

Die Kunst in der Aufarbeitung überbrückt selbst Kontinente

Ein deutsch-argentinisches Projekt durchleuchtet Diktaturen und macht die Opfer sichtbar

Das vorige Jahrhundert war nicht nur ein Jahrhundert der Kriege, Vertreibungen, Fluchtbewegungen und der großen politischen Blöcke, es war vor allem ein Jahrhundert der Diktaturen. Zugleich war es ein Jahrhundert der Opfer und des Widerstandes. Auf uns, die wir in Deutschland inzwischen in einer, wenn auch keineswegs perfekten Demokratie leben, trifft all dies wie auf wenige andere Länder zu. Wir haben zwei sehr schlimme Diktaturen und zwei Kriege hinter uns, wir hatten die Vertreibung, und unser Land war vier Jahrzehnte lang geteilt, wir standen mehrmals am Rande eines neuerlichen Weltkrieges. Wir haben zahllose Opfer aus beiden Diktaturen zu beklagen, aber wir hatten auch den Widerstand, der immer Licht in die dunklen Zeiten brachte und Hoffnung auf den Wandel zur großen Demokratie vermittelte.

Deutschland und damit verbundene Europa sind der eine Fall. Auch auf anderen Kontinenten gab es Diktaturen, die Opfer verursachten und Widerstand hervorriefen und wo es heutigen tags mit unterschiedlichem Interesse und doch auch mit ähnlichen Mitteln um die Aufarbeitung einer schwierigen Geschichte geht.

Nicht immer stimmen die Sichtweisen aller überein

Ein Weg der Aufarbeitung ist die Kunst. Wir wissen, dass es in Deutschland eine Flut von Büchern zum Thema Aufarbeitung gibt. Ausführliche Schicksalsbeschreibungen von ehemaligen politischen Häftlingen nehmen einen wesentlichen Teil ein. Es sind meist persönliche, emotional geprägte Berichte oder Sammlungen, in denen sich Menschen, die schwer gelitten haben, ihr Leid von der Seele schreiben. Länge, Genauigkeit und Qualität sind unterschiedlich, die Freiheitsglocke hat vieles vorgestellt. Daneben existieren die Werke der Historiker, die aus wissenschaftlicher Sicht die Aufarbeitung komplex und von außen versuchen, der Geschichte als Ganzes ihre ei-

genen Interpretationen zu geben. Nicht immer stimmen die Sichtweisen überein, und selbst innerhalb beider Kategorien wird nicht mit einheitlicher Stimme gesprochen. Die ehemaligen politischen Häftlinge haben sich inzwischen vielfach voneinander weg entwickelt, bei den Historikern gibt es unterschiedliche Auffassungen bei der Betrachtungsweise der Diktaturen. Daran wird man sicher nichts ändern, man wird auch nicht herausfinden, wer der Wahrheit am nächsten kommt und ob es eine solche Wahrheit denn gibt.

Über die besonderen PORTRÄTS

Glücklicherweise gibt es auf dem Gebiet der Kunst weitere, vielleicht trefflichere Möglichkeiten, geschehenes Unrecht darzustellen. Eine Kunstrichtung ist die Malerei. Sie ist ausdrucksstark und kann so vielfältig sein wie es die Schicksale der Betroffenen selbst sind. Vor allem: Sie ist international, sie bedarf nicht der Übersetzung in eine andere Sprache, und – wenn sie der Perfektion entgegen strebt – muss man sie mit keinem Wort erklären, denn Worte können im Gegenteil zu Missverständnissen und Verfremdungen führen. Die Kunst ist vielmehr in der Lage, Kontinente zu verbinden.

Das Engagement der Künstlerin Eisenberg ist enorm

Ein ausfüllendes, bewegendes Beispiel haben Harald Korff und Peter Keup als Betreiber der Galerie 19 in der Essener Friederikenstraße auf den Weg gebracht: Nachdem der Künstler Gino Kuhn Teile seines Gesamtwerkes ausstellte, wovon die Freiheitsglocke bereits berichtete, fand nun parallel eine zweite, äußerst beachtenswerte Ausstellung statt, in die das Werk der anerkannten argentinischen Künstlerin Cynthia Eisenberg inte-

griert wurde. Die in der Hauptstadt Buenos Aires beheimatete 52-Jährige beschäftigt sich in ihrem breit angelegten Werk seit mehreren Jahren schwerpunktmäßig mit den Opfern der argentinischen Militärjunta während der zweiten Hälfte der 1970er Jahre.

Unterstützung wird vom renommierten Musiker Mariano Eisenberg geleistet

In jenem Zeitabschnitt verschwanden – so wird geschätzt – 35.000 Menschen. Überwiegend waren es junge Frauen und Männer, viele nicht einmal 25 Jahre alt. Sie wurden abgeholt oder auf der Straße verhaftet und ohne Gerichtsurteil auf grausame Weise ermordet. Unter den Opfern waren Hunderte schwangere Frauen, die in der Gefangenschaft gebären mussten und denen die Babies entrissen und zur Zwangsadoption an regimenahe Familien weitergegeben wurden. Bis heute sind die überlebenden Frauen auf der Suche nach ihren inzwischen erwachsenen Kindern, bis heute halten Schmerz und Verzweiflung an, zumal die wenigsten Betroffenen eine Vorstellung vom jetzigen Aussehen der Zwangsadoptierten haben und daher nur geringe Aussichten auf Erfolg bestehen. Aufgeklärt werden konnten immerhin etwa 100 solcher Fälle, wobei ein Mehrfaches der Schicksale im Dunkeln geblieben ist und vielleicht auch bleiben wird.

Cynthia Eisenberg, die von ihrem Mann Mariano, der in Argentinien einen hervorragenden Ruf als Musiker genießt, unterstützt wird, hat früh zu der von den betroffenen Frauen gegründeten Organisation Kontakt aufgenommen. Als engagierte Künstlerin ihres Landes wiegt ihr Einsatz mindestens so viel wie die Teilnahme am Kampf für die Gleichberechtigung der Frauen, an dem sie ebenfalls leidenschaftlich mitwirkt.

Mittlerweile hat sie Porträts von einigen Frauen, die vor mehr als vier Jahrzehnten unter der Junta gequält wurden, gefertigt.

→ nächste Seite oben

→ von voriger Seite unten

Vorgesehen sind auch die Porträts von Männern, zumal deren Schicksale nicht minder ergreifend als die der Frauen sind.

In den Werken hat sich die Malerin eines Kunstgriffs bedient, mit dem sie eine möglichst hohe Authentizität der Verhaftungen herstellt und den Menschen die politische Lage in der Diktatur ins Gedächtnis ruft. Die Frauen wurden

Vier dieser in Argentinien gefertigten Porträts wurden – neben weiteren repräsentativen Werken der Künstlerin – in der Galerie 19 in Essen gezeigt. Sie hinterließen bei allen anwesenden Gästen – teils Mitglieder der VOS und ehemalige politische Häftlinge der DDR, die selbst von einer langen Leidenszeit gezeichnet sind – tief empfundene Trauer und erinnerten an das eigene im SED-Staat erlittene Schicksal.

Sie wurde längere Zeit im Gefängnis der Geheimpolizei festgehalten. Später konnte sie nach Venezuela emigrieren. Sie wagte sich erst 1985 zurück nach Argentinien, weil sie sich vor den alten Strukturen der Diktatur und den immer noch aktiven Tätern fürchtete. Dennoch ist sie nach Abschaffung der Junta in zahlreichen Gerichtsprozessen als Zeugin gegen die Täter aufgetreten und hat an einem Buch zur Dokumentation der Ver-



demnach porträtiert wie sie heute aussehen, doch sie werden in eben der Kleidung dargestellt, die sie seinerzeit trugen. Damit werden die Spuren der Leidenswege nicht nur in den Gesichtern erkennbar. Aus dieser zum Porträtieren gewählten Kleidung leitet sich der Titel des Projekts ab: „La Memorias de los Trapos“. Dies bedeutet:

Es ist ein Zeugnis jener Opfer, die betäubt und vom Flugzeug ins Meer geworfen wurden.

„Die Erinnerung der Lumpen“ – ein Motto, das in mehrfacher Weise auslegbar ist. Der rückwärts gerichtete Blick auf die Kleidung ist inzwischen zu einer Art Waffe geworden: Die Opfer von einst erinnern sich an Requisiten der Qual. Es ist dies etwas Gegenständliches, das keine Propaganda und keine verfälschende Geschichtsschreibung tilgen kann: „Das war ich, ich bin es immer noch.“

Eines der Porträts zeigt eine Mutter, der das Kind während des Stillens entrissen wurde (Foto: Frauenporträt ganz rechts). Die durchsichtige Bluse weist auf den grausamen Akt der gewaltsamen Trennung von Mutter und Kind hin. Der Name der Frau ist Lidia, sie war Gewerkschaftsbeauftragte und musste drei Jahre in der Haft zubringen. Sie erlitt schwere körperliche Folter und sexuelle Gewalt. An den Schäden, die ihr zugefügt wurden, leidet sie bis heute. Ein anderes Porträt zeigt Miriam (2. v. l.); sie war gerade zwanzig, als man sie entführte. Cynthia Eisenberg hat sie mit grell roten Haaren und stechend blauen Augen gemalt. Wer diesem Blick begegnet, der ist zunächst starr. Ohne die persönliche Geschichte der Frau zu kennen, ahnt man, dass ihr sehr Schlimmes widerfahren sein muss.

Munu, eine dritte Frau wurde im Zentrum der Hauptstadt auf offener Straße gefasst, nachdem die Junta zuvor ihren Freund ermordet hatte.

brechen mitgearbeitet. Ähnlich wie die heutige Professorin Liliana, der man 23-jährig in der Haft den Namen raubte und sie zu Häftlingsnummer 41 machte, ist sie heute künstlerisch tätig.

Es gibt genügend weitere Parallelen zwischen den Diktaturen der argentinischen Junta und dem Stasi-Staat DDR.

Cynthia Eisenberg ist es gelungen, den großen Schmerz und die Trauer in den Porträts festzuhalten. Haltung und Gesichtsausdruck der einstmaligen Gefolterten zeigen aber auch den Willen und den Mut weiterzuleben, dem Schicksal standzuhalten, die Verbrechen der Junta aufzuklären und für all jene Opfer ein dauerhaft gültiges Zeugnis abzulegen, die man betäubt und in Flugzeuge geladen hatte, um sie über dem Meer oder tiefen Flüssen abzuwerfen, so dass sie ertrinkend den Tod fanden.

→ nächste Seite oben

→ von voriger Seite unten

Sieht man diese Porträts und hört von den Schicksalen, so begreift man, dass die grausame Sprache der Diktaturen des vorigen Jahrhunderts international ist.

Wir alle erinnern uns an die DDR. Zwangsadoptionen wurden auch in dem demokratisch sich nennenden kleinen, bösen SED-Staat in erheblicher Zahl angezettelt. Man vergab die minderjährigen Kinder ebenso wie Argentinien an Funktionärsfamilien. So man sie nach dem Mauerfall auf Grund der Akteneintragungen des Ministeriums für Staatssicherheit wiederfand, waren sie sozial entfremdet und ideologisch so sehr auf die kommunistische Staatsdoktrin programmiert, dass sie schwerlich an die leiblichen Eltern Anschluss finden konnten.

Und es gibt genügend weitere Parallelen zwischen den Diktaturen: Verhaftungen auf offener Straße, Todesschüsse an der Mauer, sogar Hinrichtungen wie die im Fall Manfred Smolka. Nicht zuletzt waren in der Stasi-Haft die Gefangenen komplett von der Außenwelt abgeschnitten. Auch ihnen wurde der Name genommen, man führte sie als Häftlinge. Sie hatten keinen Zugang zu den Untersuchungs- und Gerichtsakten, ihre sogenannten Rechtsanwälte blieben farblos, die Urteile, so es sie gab, waren vorbestimmt und politisch gelenkt.

Während sich die Diktatur in der DDR auf den sogenannten wissenschaftlichen Kommunismus berief, war im entfernten Argentinien der Anti-Kommunismus als Gegenstück das Leitbild der Grausamkeiten. Einmal mehr gelangen wir also zu der Erkenntnis, dass sich staatliche Gewalt so oder so rechtfertigen lässt. Es geht lediglich darum, dass die gewaltbereiten Machthaber eine fadenscheinige Argumentation vorzuweisen haben. Lenin, Stalin, Ulbricht haben gezeigt, dass es keine Demokratie und keine Freiheit geben kann, wenn ein Land mit Terror und Gewalt regiert wird.

Um nun die beiden sich nur ideologisch unterscheidenden Diktaturen in ein künstlerisches Gleichnis zu setzen, sei endlich auf Gino Kuhn verwiesen. Gino Kuhn und Cynthia Eisenberg nehmen an ei-

nem gemeinsamen Projekt teil. Sie porträtieren vier ehemalige politische Häftlinge der DDR. An jenem Tag im November 2022, als in der Galerie 19 in Essen die Finissage der Kuhn-Ausstellung stattfand, trafen beide zusammen. Beide skizzierten zwei der vier ehemaligen politischen Gefangenen aus den Reihen des Opferverbandes, wobei die Entwürfe vorerst als Arbeitsgrundlage dienen und später zu den eigentlichen Porträts ausgearbeitet und öffentlich ausgestellt werden sollen. Als Orte der Präsentation sind das Menschenrechtzentrum Cottbus und die Galerie 19 in Essen festgelegt, doch es ist zu erwarten, dass weitere Institutionen in Deutschland Interesse zeigen und von dieser Form der Aufarbeitung profitieren und dass alle Werke auch in Argentinien zu sehen sein werden. Anträge zur finanziellen Förderung liegen hier und in Buenos Aires vor.

Staatliche Gewalt lässt sich so oder so rechtfertigen.

Innerhalb der Finissage fand am selben Ort auch eine Veranstaltung des Zeitzeugenprojekts der VOS NRW statt, in das die künstlerische Arbeit eingebunden war. Hier kamen der Künstler Kuhn und der Chefredakteur der Freiheitsglocke zu Wort. Moderiert wurde das intensive Gespräch von Dr. Frank Hoffmann (Institut für Deutschlandforschung an der Ruhr Uni Bochum) sowie von Peter Keup (MRZ Cottbus) und Harald Korff. Eine der Kernaussagen betraf den Unterschied zwischen der Wirkung einer Fotografie und eines künstlerischen Porträts. Die Fotografie ist eine Momentaufnahme, die beliebig von einem anderen Lichtbild abgelöst werden kann, sie vermittelt einen äußerlichen Eindruck. Der Künstler arbeitet hingegen aus seiner persönlichen Sicht die Wesens- und Charakterzüge des Porträtierten heraus. Wie wird er gesehen, was steckt in ihm, was belastet seine Seele? Der Porträtierte kann nicht umhin, sich dieser Einschätzung zu stellen.

Von Gino Kuhn (Foto) wissen wir längst, dass er einen großartigen Weg eingeschlagen hat. Er ist

Maler, Grafiker und Aktionskünstler. Er hat in der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus eine Zelle mit Strafgefangenen nachgestellt. Es wurde eine durchdachte Präsentation, die erstaunlich nah an der damaligen Wirklichkeit liegt. Cynthia Eisenberg ist auf andere Weise mit dem Thema Diktatur in Berührung gekommen. In ihrer Familie gibt es Betroffene, zudem will sie Frauen allgemein helfen, in der Gesellschaft zu ihrem Recht zu kommen.

Welches Gewicht das Projekt der gemeinsamen künstlerischen Aufarbeitung unter Mitwirkung der Zeitzeugen bekommt, bleibt abzuwarten. Deutschland und Argentinien sind durch Tausende Kilometer getrennt. Flugreisen und Aufenthalte sind teuer. Das gegenseitige Interesse und die Schnittmengen sind jedoch riesig.

Lernen können wir einmal mehr: Argentinien ist nicht nur das Heimatland der begnadeten Fußballer und hochtalentierter Künstlerinnen wie Cynthia Eisenberg. Es ist insgesamt eine in Europa unterschätzte Kulturnation, und es hat dort in der Geschichte ebenso wechselnde Staatsformen wie in Deutschland gegeben. Unaufgeklärte Verbre-



chen gibt es wie schwer belastete Täter, die in der Demokratie unbehelligt weiterleben dürfen und denen nicht einmal Gerichtsprozesse etwas anhaben können. Kommt uns das nicht bekannt vor?

Alexander Richter-Kariger (ehemals Häftling 46 UHA Potsdam)

Kunst und Vielseitigkeit

*Ein Kurzporträt der argentinischen Künstlerin
Cynthia Eisenberg, die sich der VOS widmet*

Die Künstlerin Cynthia Eisenberg wurde 1970 in Buenos Aires geboren. Sie begann bereits als Vierjährige mit dem Zeichnen, indem sie ihre Vorliebe für Prinzessinnenröcke zu Papier brachte. Ihre Eltern förderten ihr Talent und schickten sie zu Malkursen. An der Schule nahm sie Eva Banach, ihre erste Lehrerin und zugleich eine aus Polen stammende Künstlerin, die zwei Kriege überlebt hatte und in den 1950er Jahren allein mit ihrem Sohn nach Buenos Aires ausgewandert war, unter die Fittiche. Bei ihr lernte sie vor allem die Magie und die Feinheiten des Porträtierens. Sie begriff: Das Gesicht eines Menschen auf der Leinwand festzuhalten ist zugleich die Studie seines Charakters und seiner Biografie, diese Art des Porträtierens ist immer wieder eine große Herausforderung.

Nach dem Abschluss der Schule besuchte Cynthia Eisenberg mehrere Workshops und ging zur Universität. Sie musste das Studium jedoch abbrechen, da sie sehr jung Mutter wurde. Insgesamt wurde sie mit vier Kindern gesegnet – eine Aufgabe, die sie lange von der künstlerischen Weiterbildung abhielt, ihr aber wenigstens die Zeit ließ, für die Artemisa Comunicación zu arbeiten. Dies ist eine Organisation, die die Rechte der Frauen durch Kommunikation fördert. Sie betätigte sich hier journalistisch und arbeitete an Gender-Projekten mit, die u. a. von UNFPA, IOM und UNIFEM unterstützt wurden und ihre zwischenzeitlich entstandenen Bildern verwendeten.

Tatsächlich dauerte es bis zum 40. Lebensjahr, ehe sie die Kunst zu ihrem Beruf machen konnte. Sie hatte inzwischen begriffen, dass ein wichtiger Aspekt der Malerei das Beobachten vor und hinter den Kulissen des Lebens ist. Es gab für sie überall Motive: Ob es die U-Bahn war, ihre Kinder, die quinceañera (der 15. Geburtstag) ihrer Nichte mit den betrunkenen Onkeln und der mittägliche Strudel einer überfüllten Stadt, die Frauen, die ihre Handys herausholen und auf dem Weg zur Arbeit zu Hause der Familie Anweisungen für die Zubereitung des Mittagessens geben. Etwa so: „Bitte schaltet den Ofen ein, nehmt die Tupperware aus dem Gefrierschrank und stellt das Menü in die Mikrowelle“ Und: „Der Kleine soll keine Schokolade essen, er schmiert nur die Tischdecke und die Stühle voll. Ach egal, wenn ich zu Hause bin, muss ich eh putzen!“ Es sind sehr oft Momentaufnahmen, die sie einfängt, bei denen sie schnell sein muss, weil sie sich nicht wiederholen. Alles, was sie auf die Leinwand bringt, zeugt von ihrer stillen, festen Liebe zu den Menschen.

Cynthia Eisenberg hat nicht nur in Buenos Aires, ihrer Heimatstadt, einen guten Namen. Sie hat in Frankreich, Belgien, den Niederlanden und nun auch in Deutschland ausgestellt. Ihre Aufmerksamkeit gilt den Opfern der Diktatur, ihre humanistische Lebenseinstellung lässt sie an Projekten, die Kunst und Menschenrechte verbinden, mitwirken. Jüngstes Beispiel ihrer Aufgeschlossenheit ist die Mitwirkung am Aufarbeitungsprojekt der VOS, das in der Essener Galerie Friederikenstraße 91 seinen Anfang genommen hat.

Valerie Bosse

Daran wäre sie zerbrochen

Anna Seghers. Hätte es sie besser nicht gegeben?

Ich bin am 17. November 2022 in Mainz auf einer Podiumsdiskussion über Anna Seghers aufgetreten. Vorher wurde der halbstündige Film gezeigt, in dem ich interviewt wurde. Ich wurde gefragt, was geschehen wäre, wenn Anna Seghers den Mauerfall noch erlebt hätte. Ich antwortete: „Daran wäre sie zerbrochen!“ Andererseits dachte ich: Wäre sie doch zerbrochen, als es die Mauer gab, als sie gebaut wurde! Wusste sie denn nicht, was in ihrem Staat vorging? Sie kannte doch die Schicksale zahlreicher deutscher Kommunisten, die im Auftrage Stalins erschossen worden waren. Als im Herbst 1956 der Ungarn-Aufstand losbrach, hatte sie Angst um ihren Freund Georg Lukacs (1885 bis 1971) und wollte, in Absprache mit Johannes R. Becher, Walter Janka mit dem Auto nach Budapest schicken, um Georg Lukacs vor der „Konterrevolution“ zu retten. Aber Georg Lukacs stand längst auf Seiten der „Konterrevolution“ und war Kulturminister der ungarischen Aufständischen. Wie Ministerpräsident Imre Nagy wurde er für zwei Jahre nach Rumänien verschleppt und durfte dann nach Budapest zurückkehren. Er war ja gegen Franz Kafka eingestellt, sagte aber nach der Rückkehr: „Franz Kafka ist doch Realist!“ Imre Nagy wurde erschossen!

Als ich 1972/1973 an der Indiana University in Bloomington arbeitete, bin ich im März 1973 für eine Woche wegen Anna Seghers in Mexiko City gewesen, wo sie 1941/1947 gelebt hat. Ich sollte in Bloomington für den Stuttgarter KRÖNER-Verlag ein „Lexikon der DDR-Literatur“ erstellen. Das kam aber nicht zustande, weil ich zunächst promovieren wollte. Ich hätte in Bloomington meine Dissertation schreiben können, denn niemand dort fragte nach dem Lexikon. Die Universitätsbibliothek lag zehn Minuten vom Studentenheim entfernt, wo ich wohnte. Sie war vom 8.15 bis 24.00 Uhr geöffnet. Wenn dir um 23.00 Uhr noch etwas einfiel, konntest du hinübergehen und nachschauen. Ideale Verhältnisse!

Ich hatte in dem Stockwerk, wo die deutschen Bücher standen, ein *stack*, einen abgeschlossenen Arbeitsraum. Das vierte bis elfte Stockwerk war ohne Fenster, nur mit künstlichem Licht. Im Basement (Keller – d. Red.) gab es einen Zeitschriftenraum mit 5.000 Zeitschriften aus aller Welt. Herrlich! Dort erfuhr ich, dass Brigitte Reimann (1933 bis 1973) mit 39 Jahren gestorben ist. Aus ihrem Nachlass ist jetzt der Roman „Die Denunziantin“ erschienen. *Dr. Jörg B. Bilke*

Angemerkt: In dem Buch über „Häftling 46 – Gedächtnisstagebuch 1982 bis 1983 (erschienen 2021, 500 S., 28 €, auch preiswert als ebook bei Amazon) von Alexander Richter-Kariger wird der britische Autor George Orwell zitiert: „Ein Buch zu schreiben ist ein grausamer, aufreibender Kampf, wie eine lange schmerzhaft Krankheit. Man würde es niemals tun, wenn man nicht von einem Dämon getrieben wäre, der stärker ist als man selbst und der einem unverständlich bleibt.“ Das Zitat trifft sicherlich auf keine/n der linientreuen AutorInnen der DDR zu. Ganz besonders aber gilt es nicht für Anna Seghers. *Gerd Igor Lesnikow*

Ein kräftezehrender Kampf, der mich mehr und mehr auffrisst

Nach unzähligen vergeblichen Bemühungen um Anerkennung und Entschädigung der politischen Haft in der damaligen CSSR steht Kamerad Peter Plach kurz vor der Resignation

Mit dem hier vorliegenden Beitrag, der an die vorigen Fg-Ausgaben anschließt, endet der Bericht über die Haft- und Verfolgungszeit von Peter Plach. Kamerad Plach war in der damaligen CSSR, einem sogenannten sozialistischen Bruderland der DDR aus politischen Gründen inhaftiert und dort misshandelt worden. Vieles, was damit zusammenhängt, ist bis heute nicht aufgeklärt, egal wie sich der Betroffene über Jahrzehnte hin darum bemüht hat. Dies ist das eine Fazit, das Kamerad Plach in seinen vier Fg-Beiträgen zieht. Die zweite Seite sind die fehlenden gesetzlichen Rehabilitierungsbestimmungen, die eine Entschädigung der politischen Opfer mit deutscher Staatsbürgerschaft der kommunistischen Diktaturen verhindern. Weder die Bundesregierung noch die EU, die beide gleichsam in der Pflicht wären, vermochten bisher eine wirkliche Gerechtigkeit zu schaffen.

Am Ende seiner Betrachtung treffen wir einen verbitterten, desillusionierten Peter Plach an, der mit allem hadert, nicht zuletzt mit der VOS und dem Dachverband UOKG. Dennoch gilt es, nicht den Mut zu verlieren. Der alte Grundsatz, der schon vielen das Überleben gesichert hat, gilt auch hier: Die Hoffnung stirbt zuletzt.

Fortsetzung aus der vorigen Fg und letzter Teil des Berichts

Der Ablehnungsgrund ist also nur vorgeschoben. Die Bundesrepublik ist nicht die Rechtsnachfolgerin der DDR. Leistungen nach StrRehaG, welche ehemaligen deutschen Opfern aus der DDR gewährt werden, sind freiwillige Leistungen. Genauso gut und berechtigt könnten also solche Leistungen auch den Opfern aus den alten Bundesländern gewährt werden.

Die wenigen deutschen Staatsbürger, die Opfer kommunistischer Gewalt außerhalb der DDR sind, stellen offenbar für unsere Politiker

kein interessantes Wählerpotenzial dar. Dabei mussten Betroffene wie ich oft mehr erleiden als die aus der DDR stammenden Häftlinge. In Zeiten, in denen für unsere Politiker und die Regierung das Geldverteilen, das Geldverschenken, die Geldverschwendung, das Geldveruntreuen absolut keine Rolle spielen, wäre es ein kleiner Akt der Genugtuung und der Großzügigkeit, diesen wenigen bis jetzt rigoros ausgegrenzten Opfern durch eine soziale und humanitäre Geste die gerechte Hilfe zukommen zu lassen. Sie hätten es ebenso nötig wie andere Häftlingsgruppen.

Häftlings = Schicksal

Die Tatsache, dass Bürger der Bundesrepublik Deutschland in verschiedenen kommunistischen Ländern Europas verfolgt und gefoltert wurden, wo man sie zu Unrecht inhaftierte, bleibt offenbar willentlich unberücksichtigt.

Handelt es sich um politische Absicht oder um eine Lücke im Gesetzestext?

Opfer wie ich werden demnach als nicht existent oder unbedeutend angesehen. Der Rechtsstaat hat kein Interesse an ihnen, somit sind sie abermals zu Opfern, Bestraften und Verlierern geworden. Die Frage muss erlaubt sein: Handelt es sich um politische Absicht oder offenbart unser viel gelobter demokratischer Rechtsstaat hier eine Lücke im Gesetzestext?

Für mich und meine Familie ist diese ungleiche Behandlung etwas grundsätzlich schwer Belastendes. Die durch die Verbrechen der kommunistischen Machthaber verursachten gesundheitlichen Schäden, die sowohl körperlich wie auch an der Psyche auftreten, dauern (nicht nur) bei mir bis heute an.

Sie wurden zwar erfasst, diagnostiziert und begutachtet, dennoch zeigt sich nirgends die Pflicht oder die Bereitschaft für eine Wiedergutmachung. Stattdessen nimmt unsere Lebensqualität weiter ab, so dass einfach kein normales Leben möglich ist.

Die Medien haben bei ihren Veröffentlichungen leider eher sensations-trächtige Fälle im Blick

Die Opferorganisation VOS wie auch der Dachverband UOKG setzen sich aus meiner eigenen Erfahrung hauptsächlich für die Belange und Interessen der aus der DDR stammenden Opfer ein bzw. für die Mitglieder der eigenen Verbände. Es wäre gut, wenn diese Verbände und auch die UOKG künftig wieder mehr über die Grenzen der eigenen Mitgliederinteressen hinausschauen und auch die Opferbeauftragte auf unsere Belange aufmerksam machen würden.

Die Medien haben bei ihren Veröffentlichungen leider eher sensationsträchtige Fälle im Blick. Mein Fall und mein Schicksal sind möglicherweise zu unspektakulär. Vielleicht passe ich auch nicht in das gewollte politische Bild der Geschichte, und man meidet mich deshalb. Die andauernde Missachtung der Belange von Opfern aus meiner Kategorie ist aus meiner Sicht auffallend. Ich finde das sehr bedauerlich und bin enttäuscht.

Es dürfte sicher nicht verwundern, dass nach Jahrzehnten langen vergeblichen Bemühens und der daraus resultierenden Erfolglosigkeit bei mir eine große Verbitterung entstanden ist. Ich sehe mich als benachteiligt an und fühle mich als Opfer einer untergeordneten Klasse. Nach außen hin werde ich von allen bedauert, aber niemand weiß einen Weg, wie ich die Rolle des Bittstellers loswerden kann.

In der heutigen Tschechischen Republik werde ich abgelehnt und ausgegrenzt, weil ich kein Tscheche, sondern Deutscher bin.

→ nächste Seite oben

Zuhause werde ich ausgegrenzt und abgelehnt, weil ich nicht in der DDR verurteilt wurde.

Wer soll das noch verstehen? Ich kann es nicht. Es war und ist ein kräftezehrender Kampf, der mich langsam „auffrisst“. Das Verbrechen an meiner Person ist nun 44 Jahre her, aber immer noch wird keine Notiz von dem Unrecht gegen mich genommen.

Um abschließend zusammenzufassen, wo ich stehe, kann ich nur sagen: Ich habe den Glauben an unsere Rechtsstaatlichkeit, an die Unbefangenheit der Behörden und die Unvoreingenommenheit der Justiz wie auch an eine Politik im Sinne und zum Wohle des einzelnen Bürgers verloren.

Peter Plach

Niedergeschrieben mit fortlaufenden Ergänzungen am 9. März 2022

Anm.: In der Ausgabe 11 vom März 1983 („Schmoren lassen“) berichtete die Wochenzeitschrift SPIEGEL über die Hintergründe und das Verhalten der Politik zur Haft von Peter Plach in der CSSR. Aus diesem Artikel ist ersichtlich, dass seitens der Bundesrepublik offenbar kein Interesse bestand, sich für Plachs Freilassung einzusetzen und dass dazu absichtlich nichts unternommen wurde. Der damalige Bericht konnte bis vor Kurzem noch online eingesehen werden.

Abwenden ist falsche Reaktion

VOS nimmt sich auch diesen Problemen an

Wie nachvollziehbar der Unmut von Peter Plach auch sein mag, sei doch darauf hingewiesen, dass der Vorstand der VOS mit großem Engagement versucht, für die bisher ausgegrenzten bzw. bei der Gewährung der Besonderen Zuwendung eine Gleichstellung mit politisch verurteilten DDR-Opfern herzustellen. Die Bemühungen hierzu wurden nach der letzten Vorstandswahl entscheidend intensiviert. Die Generalversammlung hat dies in einer ausführlichen Diskussion zum Ausdruck gebracht.

Durch die Neubesetzung des Bundesvorstandes wurden die Themen Erhöhung der bereits gewährten Opferrente sowie die Gewährung für bislang Benachteiligte aufgenommen und an die Bundesbeauftragte herangetragen. Frau Zupke steht den Forderungen bzw. unseren Vorschlägen offen gegenüber. Dies brachte sie in ihrem Jahresbericht, der an die Fraktionen des Bundestages ging, zum Ausdruck.

Auch die UOKG ist bemüht, Besserungen herbeizuführen. Leider hat die VOS als zahlenmäßig größter und ältester Opferverband keinen Vorstandsposten bekommen. Dennoch gibt es einen guten Kontakt zum Dachverband, und die Zusammenarbeit funktioniert.

Weiterhin wurde zur vorletzten Generalversammlung auch Kamerad Alexander Wiegand eingeladen. Er ist ebenfalls betroffen. Damit hat der Bundesvorstand wesentliche Schritte eingeleitet, um ein breites Spektrum an Bedürfnissen abzudecken. Die Erfahrung der vielen Jahrzehnte hat gezeigt, dass es schwer ist, durch die Politik Hilfe zu bekommen. Sich abzuwenden und zu resignieren sind zwar verständliche Reaktionen, aber damit kommt man nicht weiter.

Hugo Diederich, Bundesvorsitzender der VOS / ARK

„Wie menschenverachtend das war.“ – Neue Zeitzeugenberichte

Band 9 der Schriftenreihe der VOS Sachsen erscheint und wird bei der Leipziger Buchmesse vorgestellt

In Kürze wird die Landesgruppe Sachsen ihren neuen Band „Erinnerungen an politische Gefangenschaft“ veröffentlichen. Es ist bereits der neunte Band der erfolgreichen Schriftenreihe, in der wir die Haftschicksale unserer Mitglieder vorstellen. Seit 2014 haben wir mehr als 40 Zeitzeugenerinnerungen in unseren Büchern und auf unserer Website (www.vos-sachsen-zeitzeugenerinnerungen.de) dokumentiert.

Mit Manfred Zehl und Rudolf Schwarze zeichnen wir erstmalig die Biografien von zwei verstorbenen Kameraden nach und betrachten ihre Lebensgeschichten im familiären Zusammenhang. Die Porträts von Elke Schlegel und Reiner Misericocchi erzählen von der systemsprengenden Kraft der Ausreisebewegung aus der DDR und von dem hohen Preis, den Antragsteller für ihre politische und persönliche Freiheit zahlen mussten.

Im April 2023 wird der neue Band mit dem Titel „Wie menschenverachtend das war.“ mit einer Lesung und einem Zeitzeugengespräch beim Bürgerkomitee Leipzig im Rahmen des Buchmesseprogramms „Leipzig liest“ der Öffentlichkeit vorgestellt. Eine Tradition, die schon seit Jahren besteht, und ein Anlass, zu dem wir alle Interessierten herzlich einladen möchten. Das genaue Datum sowie der Ort der Veranstaltung werden in der nächsten Ausgabe bekanntgegeben.

Ariane Zabel

Das Zitat:

„Wenn du siehst, dass dein Baum vertrocknet, dann gieße die Wurzeln und nicht die Blätter.“

Quelle: tsengo su

Der Glaube an alles schwindet

Wie soll ein Einzelner mit der Rente auskommen?

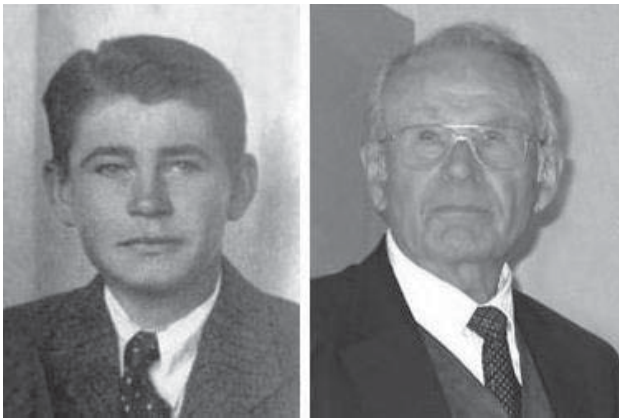
✉ Sehr geehrte Kamerad*innen“, mir ist es peinlich, doch ich muss einen Antrag auf Zuschuss für besondere Aufwendungen stellen. Seit dem 1. November 2022 bin ich Rentner und bekam den Bescheid, dass ich (nach über 45 Jahren voller Arbeit) 1089,23 EUR bekommen sollte. Doch diese Auszahlung erfolgte bis heute nicht. Auf Beschwerden oder Anfragen bekomme ich keine Antworten. Man lässt mich einfach hängen, ich bin offenbar nicht mehr als eine Nummer. Die Mietzahlung, das Geld für Heizöl, Energie usw. sind nicht mehr zu leisten. Das Wohngeld, der Weg zur Tafel, alles ausgesetzt. Ich frage unmissverständlich:

Woran sind wir, waren all unsere Aktionen umsonst? Es kommt mir so vor, als wolle niemand unsere Geschichte mehr hören, am besten sollte alles vergessen und abgeschlossen und wir SED-Opfer von der Bildfläche verschwunden sein. Ich danke allen VOS-Mitgliedern, die noch durchhalten und nicht aufgeben, doch mein Glaube an die Gerechtigkeit geht langsam und unaufhaltsam in den Keller.

Euer Kamerad Steffen Braune, Bayern

Vom Schicksal schwer getroffen Nachruf auf Jakob Bittermann

* 10.02. 1929 in Jarek † 27.12. 2022 in Gärtringen
150 Jahre lang lebten seine deutschen Vorfahren in der serbischen Batschka, bis die Eltern in den 1930er Jahren vorsorglich nach Mecklenburg wechselten. Jakob war als 16-jähriger Maurerlehrling eines der unschuldigen jugendlichen Opfer der Malchower „Werwolf“-Tragödie. Ihn traf der kommunistische Terror besonders hart: 53 Monate litt er in Waren/Müritz, Güstrow, Alt-Strelitz und Sachsenhausen unter dem NKWD, danach 47 Monate in Luckau unter dem SED-Regime, das nun endgültig an der Macht war. Nachdem er im Januar 1954 krank entlassen worden war, ließ sich Jakob direkt in die Bundesrepublik Deutschland überführen. Er kam in Friedland an und war zunächst zu 100 Prozent arbeitsunfähig. Die Kuraufenthalte in Bad Pyrmont und Freudenstadt konnte seine Haftschäden etwas mildern, so dass er sich später im Raum Böblingen niederließ und eine leichte Tätigkeit aufnahm.



Ab 1957 arbeitete Jakob bis zu seiner Berentung in der Pkw-Produktion der Daimler-Benz AG in Stuttgart-Sindelfingen. Zuletzt war er dort als hochgeschätzte Führungskraft tätig. Die russische Rehabilitationsurkunde (Nr. 4598), in der das gegen ihn verübte Unrecht und somit seine Unschuld festgehalten wurde, stammt vom 10. Februar 1994. Dies war sein 65. Geburtstag und ein Geschenk und eine Genugtuung zugleich. Dem Malchower Freundeskreis der nach 1945 unschuldig Inhaftierten gehörte der Kamerad Jakob nach seiner Gründung im Jahre 1994 aus Überzeugung an. Ab 2009 war er auch Mitglied unseres Opferverbandes. Er und seine liebe Gattin Else scheuten sich nicht die jährlichen rund 1.400 bis 1.600 km Autofahrten zu den Gedenkveranstaltungen an den authentischen Orten in Kauf zu nehmen. So zeigt ihn auch ein Foto aus dem Jahr 2014 im früheren Luckauer Haftgebäude, was trotz der später gewonnenen Freiheit mit sehr schmerzlichen Erinnerungen verbunden ist.

Jakob Bittermanns Lebensqualität litt nach seiner Beinamputation im Herbst 2019 sehr. Zunehmend schwand auch die Körperkraft. Sein Sturz am Heiligen Abend letzten Jahres endete leider tödlich. Wir trauern um ihn als einen rührigen, kameradschaftlichen Menschen aus unserer Mitte und behalten ihn in sehr guter Erinnerung.

ARBEITSGEMEINSCHAFT LAGER SACHSEN-
HAUSEN /der BUNDESVORSTAND der VOS/ Red. Fg

Die umständliche Formulierung allein ist ermüdend

Einführung des Bürgergeldes führt zur Erhöhung der Bemessungsgrenze der Opferrente

Ein kleines Pflaster für die Empfänger der Besonderen Zuwendung ergibt sich durch die Einführung des Bürgergeldes ab Januar 2023 laut einem Bescheid der Behörden, den uns freundlicherweise ein betroffener Kamerad zur Verfügung stellte und den wir nachstehend wörtlich veröffentlichen. Es handelt sich um das Zwölfte Gesetz des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze – Einführung des Bürgergeldes (Bürgergeld-Gesetz), wonach zum 1. Januar 2023 die Regelbedarfsstufe I auf 502,00 EUR angehoben wird (Berechnungsgrundlage für die Besondere Zuwendung). Diese Änderung wirkt sich auf die Gewährung der besonderen Zuwendung für Haftopfer aus, da diese Leistung einkommensabhängig ist. Die für die Feststellung der besonderen Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Lage maßgebliche Einkommensgrenze wird sich hierdurch gegenüber dem Jahr 2022 um mehr als zehn Prozent erhöhen und beträgt ab Januar 2023 für Alleinstehende 1.506,00 EUR sowie für Verheiratete und in Lebenspartnerschaft sowie in eheähnlicher oder lebenspartnerschaftähnlicher Gemeinschaft lebende Berechtigte 2.008,00 EUR. In einem Behördenschreiben heißt es wörtlich:

Durch diese wesentliche Änderung der rechtlichen Verhältnisse besteht die Möglichkeit, dass Sie ab Januar 2023 wieder leistungsberechtigt sind. Gerne prüfen wir Ihre aktuellen Ansprüche. Hierzu muss allerdings ein neuer Antrag an unsere Behörde gerichtet werden. Da gemäß § 17 Absatz 4 StrRehaG die Leistung erst mit dem auf die Antragstellung folgenden Monat zu gewähren ist, wollen wir Sie hiermit von der Gesetzesänderung ab dem 1. Januar 2023 rechtzeitig informieren. Für weitere Fragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

Die Unterzeichnende

Auf ein ehrliches Wort

Geht es nicht weniger umständlich?

Beamtendeutsch und Gesetzeskauderwelsch

Wir freuen uns über diesen kleinen Fortschritt (gemeint ist der o. g. Beitrag). Aber wir sind erschrocken. Welch ein Aufwand betrieben wird. Neuer Antrag, neue Berechnung, neuer Bescheid. Für manch eine(n) kommt gerade noch ein ein- oder zweistelliger Betrag heraus. Wenn man all dieses Kleinklein auf Effektivität überprüft, kommt man von selbst auf die VOS-Forderung aus dem Jahr 2022 zurück: Wir ehemaligen politischen Häftlinge favorisieren die pauschale Anhebung der Besonderen Zuwendung auf 800 EUR und eine regelmäßige Dynamisierung.

Möglicherweise wäre die Auszahlungssumme (zunächst) etwas höher, aber welcher Verwaltungs- und Materialaufwand könnte eingespart werden. Und den Betroffenen könnte man unzählige Anträge, Wartezeiten und Enttäuschungen ersparen.

Liebe Politiker*innen, überlegt es euch. Auch wenn es nicht danach aussieht: Es ist machbar. ARK / HD

Überwältigt im Angesicht des Leidens und der Gewalt

Bernd Müller-Kaller denkt über die tschekistische Terrorherrschaft nach. Von Freimut Loewe

Unter den Klassikern der antitotalitären Literatur, den großen lebensgeschichtlichen Auseinandersetzungen mit den verbrecherischen Diktaturen des 20. Jahrhunderts gibt es nur wenige Texte, die zuerst in deutscher Sprache erschienen sind. Es waren so erschütternde Werke wie die von Primo Levi, Jorge Semprún, Imre Kertész, die dem Terror in deutschem Namen eine sprachliche Gestalt gaben, ebenso wie die Gulag-Literatur, für die neben Alexander Solschenizyn wenigstens auch Warlam Schalamow und Jefrosinija Kersnowskaja genannt seien. Immerhin, ein Klassiker antikomunistischer Aufklärung, Koestlers „Darkness at noon“, *Sonnenfinsternis*), das 1940 zuerst auf Englisch erschien, ist auf Deutsch geschrieben worden, aber sein originales Manuskript wurde erst vor wenigen Jahren wieder entdeckt. Koestler war wie viele europäische Intellektuelle der Zwischenkriegszeit vom Großen Terror ab 1936 erschüttert. Seiner Abwendung vom Kommunismus als Idee und Praxis sollten viele folgen, so etwa Manès Sperber, Ignazio Silone, André Gide, Stephen Spender.

Trotz dieses grundsätzlichen Befunds ist gerade die autobiographische Literatur über den Terror der SMAD in der Sowjetischen Besatzungszeit und das Leiden vieler Frauen und Männer, die aus politischen Gründen in der DDR in Haft genommen worden sind, beachtlich. Etliche Texte sind von Rang, und die Gattung wächst stetig. Schon vor fast 30 Jahren hat Jörg Bernhard Bilke, bis heute Autor dieser Zeitschrift, eine eindrückliche Studie über diese allzu wenig gewürdigte Literatur vorgelegt (für die Enquete-Kommission des Bundestags). Für den Einstieg hilfreich waren u. a. ein von Hubertus Knabe edierter Sammelband (*Die vergessenen*

Opfer der Mauer, 2009) und Zeugnisse unter dem Titel *Der lange Arm der Stasi* (2009), an dem u. a. Karl Wilhelm Fricke, Ellen Thiemann und Alexander Richter-Kariger, Redakteur der Freiheitsglocke, mitgewirkt haben.

Les e
=
z e i t

Bücher in der Fg

Nun hat mit Dr. Bernd Müller-Kaller ein weiterer Betroffener, der selbst bis 1989 in Bautzen II inhaftiert war, eine neue Übersichtsdarstellung vorgelegt, die sich die Aufgabe gestellt hat, die tschekistische Gewaltherrschaft von der Sowjetzeit bis in die späte DDR nachzuzeichnen.



Er greift dabei sehr umfassend auf eine große Zahl autobiographischer Dokumente zurück, und wir leiden mit Achim Kilian, Benno Prieß und vielen mehr. Nur wenige dieser Bücher sind seinerzeit in Publikumsverlagen erschienen und heute in den Bibliotheken leicht zugänglich, wie etwa Horst

Wieners *Anklage Werwolf* (1991) oder *Endstation Bautzen II* (2010) von André Baganz.

Viele Texte, die Bernd Müller-Kaller erschließt und erzählend in eine zeitliche Reihe bringt, mit einem erkennbar starken Zentrum für die Zeit bis etwa 1950, sind in kleinen Druckhäusern oder im Eigenverlag erschienen, etliche Informationen hat er auch in Gesprächen und Interviews mit Betroffenen zusammengetragen.

Allein schon diese editorische Kärnerarbeit verdient Respekt und Dank, auch wenn man sich mitunter die bibliographischen Informationen, die nur den Anmerkungen zum Text zu entnehmen sind, etwas präziser gewünscht hätte.

Das so gezeichnete Bild vom Terror in den Zuchthäusern und Lagern bewegt zutiefst. Gerade die biographische Konkretion der Erzählung ist dabei hervorzuheben.

Es geht um Menschenleben und Menschenwürde, und diese sind tausendfach verletzt, gekränkt, ja getötet worden.

Der Furor, mit dem dies Grauen den Verfasser packt, ist auf jeder Seite zu spüren, und einmal fällt er sich selbst ins Wort, wenn er den Leser anspricht und um Verzeihung bittet: „Leiden schafft Passion und kann auch selbst Passion sein“ (S. 219f.).

Einige Einwände müssten gleichwohl formuliert sein: Zuerst hätte man dem Buch so etwas wie ein gründlicheres Lektorat gewünscht, das Flüchtigkeiten und Tippfehler verbessert und auch einige vom Gefühl gelenkte Attacken des Autors reduziert hätte. Dr. Müller-Kaller ist vor einigen Jahren mit einer Arbeit zur Geschichte des Weinbaus promoviert worden. Das zeigt seine Vielseitigkeit. *Freimut Loewe*

Bernd Müller-Kaller: **Gewalt. Tschekistisch.** Hamburg 2021, 282 Seiten.

Selbstschutz oder Starrsinn: Die Wahrheit mit Füßen getreten

Egon Krenz will (und kann) offenbar nicht begreifen, dass das Wesen der DDR eine einzige Lüge war

Der unbelehrbare Altkommunist Egon Krenz, geboren 1937 in Kolberg/Hinterpommern, der im Januar 1990 von Gregor Gysi aus der SED/PDS ausgeschlossen wurde und der in seinem autobiografischen Buch „Aufbruch und Aufstieg“ (erschienen am 27. Juni) den untergegangenen SED-Staat feiert, hat 2009 das Buch „Gefängnis-Notizen“ veröffentlicht. Darin beschreibt er seine knapp vier Haftjahre in den Westberliner Gefängnissen Moabit und Plötzensee, die mit den Zuständen in DDR-Zuchthäusern kaum zu vergleichen waren. Zudem war er Freigänger und kam nur zum Schlafen in seine Zelle.

In diesem Buch schreibt er, ihm sei 1986 ein „Menschenrechtsbericht“ des amerikanischen Außenministeriums über „grausame Behandlungen durch Strafvollzugsbeamte“ in DDR-Gefängnissen zugeschickt worden. Immerhin spricht es für das Politbüromitglied Egon Krenz, dass er dem harten Vorwurf nachgeht. Er bestellt den für den Strafvollzug zuständigen Innenminister Friedrich Dickel (1913-1993), der nicht nur SED-Mitglied, also Genosse, sondern auch Freund war: „Wenn mir jemand die Wahrheit sagen würde, dann er, davon bin ich überzeugt.“ Im Gespräch gibt der Innenminister die Antwort: „Wo wir aber von Misshandlungen erfahren, wird das hart bestraft.“ Das heißt doch wohl in freier Übersetzung: Es gab und gibt Misshandlungen, die aber „hart bestraft“ werden.

Egon Krenz freilich gibt sich mit dieser Antwort nicht zufrieden. Er hat Zweifel an den Aussagen seines Innenministers. Er schickt, mit Wissen und Einverständnis Erich Honeckers, „Arbeitsgruppen zur Inspektion in verschiedene Haftanstalten, darunter auch in das Untersuchungsgefängnis des Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin-Hohenschönhausen.“

Diese Arbeitsgruppen hätten aus „Juristen, Volkskammerabgeordneten und einem Staatsratsmitglied“ bestanden sowie aus „Mitarbeitern der Abteilungen für Staat und

Recht und für Sicherheitsfragen des ZK der SED“. Ehemalige Häftlinge, die aus eigener Erfahrung hätten berichten können, waren nicht beteiligt. Auch Erlebnisberichte ehemaliger Häftlinge wie Hermann Flades „Deutsche gegen Deutsche“ (1962) oder Walter Kempowskis „Im Block“ (1969) wurden nicht ausgewertet.

„Die Berichte unserer Inspektoren“, so beteuert es Egon Krenz abschließend, „stellten viele Unzulänglichkeiten fest ... Dennoch: Niemand berichtete hier von irgendwelchen Menschenrechtsverletzungen oder unmenschlichen Haftbedingungen.“

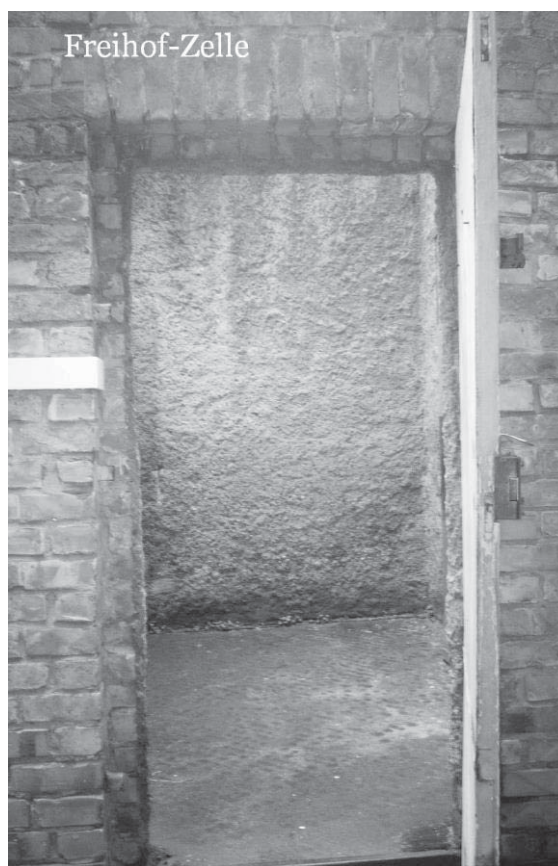
Darf man jetzt lachen? Allein dass in Waldheim und anderswo auch Häftlinge zu viert in einer Zweimann-Zelle (so stand es an der Zellentür!) untergebracht waren, und in den fünfziger Jahren zu sechst, war unmenschlich.

Am 20. Mai 1962, einem Sonntag, war ich im Zuchthaus Torgau an der Elbe selbst Zeuge von Misshandlungen, als zwei Mithäftlinge, die in der Nacht zuvor ausgebrochen waren, von neun Volkspolizisten, denen die blanke Mordlust ins Gesicht geschrieben stand, mit dem Gummiknüppel über den Zuchthaushof geprügelt wurden. Sie schrien vor Schmerz, sie stürzten unter den Schlägen, Blut lief über ihre kahlgeschorenen Schädel, und aus den Zellenfenstern schauten Dutzende Häftlinge entsetzt zu. Kein Torgauer Volkspolizist ist jemals dafür „hart bestraft“ worden.

In ihrem Buch „Wo sind die Toten von Hoheneck?“ (2013) berichtet Ellen Thiemann (1937 bis 2018) von der Dresdener Frisörin Elke Junge, die nach einem Fluchtversuch verhaftet wurde. Der Vernehmer bei der Dresdner

Staatssicherheit in der Bautzener Straße schleuderte ihren Kopf derart heftig gegen die Wand, dass sie einen Schädelbruch erlitt, der niemals behandelt wurde.

In Hoheneck wurde sie von einer „Erzieherin“ zwei Tage und eine Nacht in eine Wasserzelle gesperrt, aus der sie „völlig durchnässt, zitternd, frierend und vor Kälte steif“ ausgeschlossen wurde. Als sie im Sommer 1974 freigekauft worden war, bekam sie mit 36 Jahren eine Erwerbsunfähigkeitsrente zugesprochen. Und man weiß, eine derartige dauerhafte Versorgung durch die bundesdeutschen Ämter



zu gesprochen zu bekommen, ist keineswegs der Normalfall, es ist vielmehr die Ausnahme.

So viel zum „humanen Strafvollzug“ in DDR-Gefängnissen!

*Dr. Jörg Bernhard Bilke
Coburg, 19. August 2022*

Foto: Freihofzelle in der Potsdamer Untersuchungshaftanstalt des MfS. Quelle und © A. Richter-Kariger: Buch „Häftling 46 – Gedächtnistagebuch 1982 bis 1983“ (1. und 2. Auflage 2021, 500 S.) Auch als E-Book bei Amazon

Die ungeklärten Strahlentode und Mordkommandos des MfS

Vor zwanzig Jahren starb der Potsdamer Bürgerrechtler Rudolf Tschäpe früh an Krebs

Über die Frage, ob das MfS gezielt besonders missliebig und verhasste politische Häftlinge durch radioaktive Strahlen „behandelt“ hat, wird mittlerweile kaum mehr geredet. Erstens sind viele mutmaßlich Betroffene inzwischen verstorben, zweitens werden Stasi-Leute kaum noch als Verbrecher gesehen, weil die einstigen skandalösen Vorgänge von den aktuellen politischen und sonstigen Bedrohungen überlagert bzw. verdrängt werden. Dennoch geht unter den Überlebenden die Diskussion weiter; und die Erinnerung an die verstorbenen Weggefährten, deren Todesursache ungeklärt bleibt, wird wachgehalten. Die Forderung nach Aufklärung besteht nach wie vor. Zu beobachten ist auch, dass das persönliche Interesse an den Stasi-Akten immer noch groß ist. Die Zahl der Anträge auf Akteneinsicht steigt von Jahr zu Jahr, sie wird nicht so bald zurückgehen. Das missliche Thema der Gesundheitsschädigung durch Radioaktivität lässt sich indessen durch die Akten nicht aufklären. Ohnehin wurde ein diesbezüglicher Verdacht hauptsächlich im Zusammenhang mit einstmals prominenten Dissidenten, deren Todesumstände nicht geklärt sind, geäußert. Es sind Namen wie Jürgen Fuchs, Gerulf Pannach und Rudolf Bahro, die allerdings nicht in der VOS organisiert waren und die nicht unbedingt in den Verband gepasst hätten. Man weiß, dass die DDR erklärte Staatsfeinde ebenso bösartig verfolgt und drangsaliert hat wie naive Reformer, die einen besseren sozialistischen Staat anstrebten. Der frühe Tod von prominenten Dissidenten wirft dennoch auch für jene ungeklärten Sterbefälle Fragen auf, die der großen Öffentlichkeit entgangen sind, die aber wenigstens durch einen Nachruf in der Freiheitsglocke ihre Berücksichtigung fanden. Es sind vielfach Kameradinnen und Kameraden, die vor den 1990er Jahren in den Westen gelangten und hier schwer erkrankten. Einige vor, andere nach dem Mauerfall. Jochen Platz, Walter Weber oder Jutta Giersch – sie waren Eckpfeiler für

die VOS. Sie machten den Verband, der in den Stasi-Akten den Namen „Pest“ als Operativer Vorgang hatte, bekannt und wichtig. Jochen Platz baute das ZDF auf, Walter Weber erkämpfte soziale Leistungen für die Opfer, und Jutta Giersch war jemand, vor der die hohen Politiker auf die Knie gingen.

Nach dem Mauerfall verloren weitere Kameraden erstaunlich früh ihr Leben, die zuvor bei guter Gesundheit waren. Zu ihnen gehörte Dietmar Mokros. Ein anderer rätselhafter Fall war der Potsdamer Bürgerrechtler und NVA-Wehrdienstverweigerer Rudolf Tschäpe, dessen Tod sich in diesem Jahr zum 20. Mal jährt. Er verstarb infolge einer selten auftretenden Blutkrankheit. Tschäpe lebte wie der Regimekritiker Robert Havemann in der DDR und lehnte die Übersiedlung in die Bundesrepublik ab. Die Untersuchungen des Krankbildes ergaben jedoch keinen Beweis der mutwilligen Verstrahlung. Auch in den Akten des MfS finden sich keine Hinweise auf eingeleitete Maßnahmen zur Schädigung durch Radioaktivität, was nichts heißen muss, da das MfS genügend Zeit hatte, Dokumente über besonders verbrecherische Aktionen zu vernichten. Aufschluss könnte die Rekonstruktion der Reißbandstreifen geben. Hierzu fehlen nach den Ankündigungen vor einigen Jahren die Hinweise, ob damit begonnen wurde oder ob es gewissen Parteien gelungen ist, die zugesagte Initiative zu verlangsamen oder gar nicht erst in Gang zu setzen.

Von großem öffentlichem Interesse wäre auch die Aufklärung der Erkrankung des Dissidenten Jürgen Fuchs. Wer die Untersuchungshaftanstalten des MfS, in denen auch Fuchs neun Monate eingesperrt war, kennengelernt hat, weiß wie einfach es war, Häftlinge durch radioaktives Material schwer zu schädigen. Ein paar Krümel, die in den Boden oder in die Wand eingelassen wurden, reichten für die Verstrahlung. Mag sein, dass die nachträgliche Untersuchung des gesamten medizinischen Vor-

gangs auch hier keinen Beleg für eine vorsätzliche Tötung ergab, so gibt es genügend Indizien; und allein das Wissen, dass das MfS vor keiner Sauerei zurückschreckte, erhärtet den Verdacht enorm. Einmal mehr wäre gerade hier die Rekonstruktion der Aktenschnipsel richtungsweisend. Jürgen Fuchs starb mit 48 Jahren. Er war für den SED-Staat der klassische Fall des Andersdenkenden und wurde nach der Übersiedlung nach West-Berlin durch weitere Gemeinheiten, an denen außer dem MfS kaum jemand interessiert gewesen sein dürfte, drangsaliert.

Natürlich weiß man auch um die Killer- und Entführungskommandos des MfS, die im Westen unliebsame Feinde erledigten oder sie in den Ostteil Deutschlands schafften, um sie hier zu foltern. Der frühere Redakteur der Freiheitsglocke Binsky oder der spätere Wissenschaftler Fricke sind Entführungsfälle. Was die Killerkommandos betrifft, war das MfS ebenso fleißig, wiewohl die letzten Beweise fehlen. Der populäre Fußballer Lutz Eigendorf oder der Kopf einer Fluchthelferorganisation, im SED-Jargon *Bande* genannt, zählen dazu. Ganz klar liegen die Tatsachen bei der Ermordung Michael Gartenschlägers auf der Hand. Als er in der Nacht vom 30. April zum 1. Mai 1976 auf das Grenzgebiet der DDR kroch, erwarteten ihn bereits seine Mörder. Ein Spitzel hatte dem MfS verraten, dass er zum zweiten Mal eine der mörderischen Selbstschussanlagen aus den DDR-Grenzanlagen abbauen wollte. Auf die Veröffentlichung der Namen der Täter warten wir bis heute.

Was den Gebrauch von radioaktivem Material angeht, so ist dazu denn doch in den Akten einiges zu finden. Wiewohl keine vorsätzlichen oder in Kauf genommenen Tötungen erkennbar sind, wurde Strahlenmaterial zur Überführung von Diebstählen oder Unterschlagungen verwendet, indem man Geldscheine präparierte und so den unberechtigten Geldempfänger überführte. *Valerie Bosse*

Blickpunkt Neubrandenburg: Denkmal oder Wohnsilos? Reden oder Schweigen?

Eine Lösung im Sinne der VOS ist nicht abzusehen. Es sei denn der Bürgermeister wendet sich den Betroffenen zu

Zur Frage, ob in Neubrandenburg das Gebäude des ehemaligen Stasi-Knasts abgerissen wird oder eine Gedenkstätte daraus werden kann, gibt es weiterhin keine erschöpfende und schon gar nicht befriedigende Antwort.

Wie bereits berichtet, plant die Stadt den Abriss des Gebäudes und bietet der VOS als wichtigem Befürworter eines umfassenden Erinnerungs- und Dokumentationszentrums bestenfalls einen Teilbereich im gesamten Areal an. Damit sind die Mitglieder der örtlichen VOS-Gruppe nicht einverstanden. Die ehemaligen politischen Häftlinge wollen eine würdige und gut informierende Gedenkstätte, die Stadt hingegen möchte (möglichst viele) Wohnungen bauen. Ein zufriedenstellendes Angebot ist nicht in Sicht. Um die Position der Betroffenen spürbar zu stärken, hat der Bundesvorsitzende der VOS angekündigt, in diesem Jahr persönlich einen offiziellen Antrag an die Denkmalschutzbehörde des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern zu stellen, um die ehemalige MfS-JVA-Neubrandenburg auf Denkmaleigenschaften überprüfen zu lassen.

Zu sachlichen Argumenten, so Hugo Diederich als Vorsitzender des Opferverbandes, kann der Oberbürgermeister der Stadt nachher vielleicht doch nicht länger schweigen – so wie er es bisher meist getan hat.

Er müsse sich also nicht wundern, wenn ihm von der Gegenseite ein gewisser Unmut, wohl auch eine Menge Unverständnis entge-

gebracht wird, zumal weiter die Fragen in Sachen Karl-Marx-Denkmal im Raum stehen. Es ist nicht lange her, da bekamen das besagte Monument und das Relief jenes Mannes, der mit seinem theoretischen Werk ganze Völker ins Unglück stürzte, für eine sechsstellige Summe in Neubrandenburg einen hervorragenden Platz.

Mit der Schaffung eines großen Demokratiezentrum wäre möglicherweise die Chance gegeben, das offensichtlich gestörte Verhältnis zwischen der VOS und den Neubrandenburger Politikern zu verbessern. Wer nicht redet, wenn er angesprochen wird, hinterlässt keinen guten Eindruck – als gewählter Vertreter einer großen Stadt schon mal gar nicht.

Das bisherige Gutachten der Denkmalschutzbehörde Mecklenburg-Vorpommerns zur MfS-JVA-Neubrandenburg ist eine Farce, es mutet wie ein politisches Gefälligkeitsgutachten für die rot-rote Landesregierung in diesem Bundesland an. Zu vermuten ist: Man lässt die einstige MfS-JVA-Neubrandenburg absichtlich verfallen, um sie später abreißen und auf diese Weise ein Stück Vergangenheit tilgen zu können.

Mag sein, dass genug Täter, Mitläufer und selbst Unbeteiligte kein Interesse an einer angemessenen Gedenkstätte haben.

Die Opfer der Diktatur, ihre Angehörigen und die vielen Hinterbliebenen werden das allerdings nicht ohne Weiteres hinnehmen. Niemals.

A. Rohloff / Hugo Diederich

Freiheit und humanistische Werte

Zum Tod von Prof. Peter Lückner aus Grünstadt

Die Nachricht von seinem Tod machte nicht nur diejenigen betroffen, die persönlich mit ihm zu tun hatten oder ihn aus der Berliner Zeit kannten. Peter Wolfgang Lückner war vieles, vor allem war er – und das macht ihn auch für uns SED-Opfer zu einem großartigen Menschen – im Jahr 1964, als er in West-Berlin lebte, Fluchthelfer und Tunnelgräber. Gemeinsam mit zwanzig Gleichgesinnten grub er von West- nach Ost-Berlin einen Tunnel, durch den im Verlauf mehrerer Monate 57 DDR-Bürger den Weg in die Freiheit fanden.

Alle, die in dieser Zeit gelebt haben, wissen um die Gefahr solcher Untergrundvorhaben. Verrat war immer ein Thema, mit dem Eingreifen der Stasi-Leute und der bewaffneten Grenzer musste man immer rechnen. Nicht zuletzt wurde erst nach der Wiedervereinigung und der Einsicht in die Akten des MfS bekannt, dass der angebliche Held der NVA, Egon Schulze, nicht von westlichen Fluchthelfern erschossen wurde, sondern dass ihn die eigenen Genossen zur Strecke brachten. Peter Lückner büßte seine Mittäterschaft, so man dies so nennen soll, auf andere Weise. Er verlor, nachdem er als Tunnelgräber in West-Berlin erkannt worden war, seine Arbeitsstelle. Als 31-Jähriger erfuhr er die fristlose Kündigung, und doch gelang ihm danach eine beispiellose Karriere als Mediziner und Orchesterleiter. Die VOS wird sein Andenken auf alle Zeit in Ehren halten.

Valerie Bosse

Hinweis

Die nächste Ausgabe der Freiheitsglocke erscheint im März/ April. Wenn es Einladungen oder Ankündigungen für Veranstaltungen zum Gedenken an den 17. Juni 1953 gibt, ist es sinnvoll, diese für die März/April-Ausgabe einzureichen. Und bitte merken: Grundsätzlich ist der Redaktionsschluss am 18. des Monats. Beiträge, die später kommen, können nur in Ausnahmefällen aufgenommen werden.

Ihr/euer Redakteur

Wir trauern um

Manfred Schulze
Bezirksgruppe Rostock

Fritz Steinhaus
Bezirksgruppe Brandenburg

Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren

L y r i k i n d e r F g

Der Zar

Lenin – Stalin – derzeit Putin
Massenmörder – sind sich gleich ...
Russland, größtes Land der Erde;
ist nun Putin's "Drittes Reich"
Schuld am Krieg in der Ukraine?
Ist sein Stolz, sein Größenwahn!
Folge dieser Geisteskrankheit,
war der "Übernahmeplan"...

Minderwertigkeitskomplexe –
Stolz – Angst – Überheblichkeit;
sind Putins "Befindlichkeiten"...
Er flieht vor der Wirklichkeit...
Seinen Weltbeherrschungsplänen,
fehlt der Wirklichkeitsbezug –
und sein "Zarenreich" ist Pleite –
Russland hat von ihm genug...

Putin liebt sie – die Ukraine –
die, jedoch; verachtet ihn!
Nach ihr waren andre "süchtig":
Stalin – Hitler – schon Lenin!
Putin, ist ein Massenmörder –
nicht nur im Ukraine-Krieg –
er denkt so – wie Stalin dachte:
"Morde, sichern jeden Sieg"...

Durch den Krieg nun ausgeblutet,
dient er sich Verbrechern an;
macht sich hörig Kriminellen;
auch den Mullahs im Iran!
Seine Herrschaft "währt nicht ewig!"
Putin selbst ist das bewusst...
Seinem Lügen und Betrügen,
folgt der "Diktatur-Verlust"!

*Christian Martin Lappe
Atlanta USA 10/2022*

Der Autor: Christian Martin Lappe wanderte, nachdem er die DDR nach seiner politischen Haftzeit aus der Bundesrepublik in die USA aus. Er erfüllte sich damit einen Traum, den auch viele andere politische Häftlinge hatten, und lebt in Atlanta. Sein Haft- und Verfolgungsbericht wurde bereits in der Freiheitsglocke in mehreren Fortsetzungen abgedruckt. Christian Lappe feierte im Januar 2023 seinen 80. Geburtstag. Dazu übermitteln wir ihm herzliche Glückwünsche.

Gedenkort zu unterschiedlichen Geschichtsabschnitten in Westfalen

Die Stadt Ibbenbüren in NRW richtet seit September 2022 ein vom Land gefördertes Projekt aus, das dem Gedenken an die Opfer von vier verschiedenen Geschichtsabschnitten dient. Dazu gehören der Holocaust, die Opfer der Zwangsarbeit während des Zweiten Weltkrieges, die Strukturen von Macht und Opfern der DDR-Diktatur und das Thema Migration in der Gegenwart. Für das dritte Thema (DDR-Diktatur) wurde der Redakteur der Freiheitsglocke als Experte und Zeitzeuge hinzugezogen. Das Projekt soll zwei Jahre laufen und erfährt in Abständen Zwischenauswertungen.

TH

VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS e.V. (VOS)

Uhlandstraße 120, 10 170 Berlin

PVSt Deutsche Post, Entgelt bezahlt, G 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. - Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus - (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag zwölfmal jährlich, ab 2014 in 6 Doppelausgaben

Bundesgeschäftsstelle der VOS

Uhlandstraße 120, 10 717 Berlin-Wilmersdorf

Telefon / AB: 030 – 2655 23 80 und 030 – 2655 23 81

Fax: 030 - 2655 23 82

Email-Adresse: vos-berlin@vos-ev.de

Postbankkonto Köln

IBAN: DE31 3701 0050 0018 6255 01

BIC: PBNK DEFF

Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:

Telefon/AB: 030 - 2655 23 81 Fax: 030 – 2655 23 82

Mail: lv-berlin@vos-ev.de

Dienstag und Donnerstag von 12.00 bis 17.00 Uhr,
sonst nach Vereinbarung. Um Voranmeldung wird gebeten.

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS

Chefredakteur: A. Richter-Kariger (www.first.minute-buecher.de),

eMail: redaktion@vos-ev.de,

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte bei eMails und

Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**,

sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet.

Auftragnehmer: Neymanns Tel. 030 / 70 24 22 24, E-Mail: satzher-

stellung@gmx.de. Internet: www.satzherstellung.com

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS wird durch den Erhalt der „Freiheitsglocke“ vom Verbandsleben informiert.

Jahresbeiträge:

– einheitlich für alle Mitglieder	45,00 €
– Ehepartner (ohne Freiheitsglocke)	15,00 €
– Aufnahmegebühr Mitglieder	2,60 €
– Abonnement der Freiheitsglocke	24,00 €

Spenden (steuerlich absetzbar) erbeten!

Internetseiten der VOS www.vos-ev.de

Fg-Nummer 845/846 erscheint März / April 2023

Redaktionsschluss der FG 843/844 am 18. Jan. 2023